

# Hinweis auf Verfahrensgarantien

## Elternrechte für Frühförderung (0-2 Jahre) & frühkindliche Sonderpädagogik (3-5 Jahre)



Amt für Ausbildungsförderung 255  
Capitol Street NE Salem, Oregon 97310

Dieses Dokument enthält Verfahrensgarantien für die Frühförderung (Early Intervention, EI) gemäß IDEA, Teil C, und die frühkindliche Sonderpädagogik (Early Childhood Special Education, ECSE) gemäß IDEA, Teil B. Für die EI entsprechen die Anforderungen den im Oktober 2011 in Kraft getretenen IDEA-Vorschriften. Für ECSE entsprechen die Anforderungen der „Model Procedural Safeguards Notice“ des US-Bildungsministeriums (Juni 2009). Gegebenenfalls werden spezifische Informationen über Oregon bereitgestellt.

Fragen oder Kommentare zu diesem Dokument richten Sie bitte an:

Amt für Ausbildungsförderung,  
Bildungsministerium von Oregon  
255 Capitol Street  
Salem, OR 97310  
(503) 947-5782

Dieses Dokument ist elektronisch verfügbar unter:

<http://www.oregon.gov/ode/rules-and-policies/Pages/Procedural-Safeguards.aspx>

Die Bildungsbehörde des Bundesstaates und das Bildungsministerium von Oregon verpflichten sich, Diskriminierung und Belästigung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, Familienstand, sexueller Orientierung, nationaler Herkunft, Alter oder Behinderung in allen Bildungsprogrammen, Aktivitäten und Beschäftigungsverhältnissen zu untersagen. Bei Fragen zur Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung wenden Sie sich bitte an das Bildungsministerium von Oregon, 255 Capitol Street NE, Salem, Oregon 97310;

## **KINDER MIT BEHINDERUNGEN**

Die Informationen in dieser Broschüre richten sich an Eltern von Kindern, die Anspruch auf Frühförderung (EI) oder Frühkindliche Sonderpädagogik (ECSE) gemäß dem Gesetz zur Erziehung von Menschen mit Behinderungen (IDEA), Teile C und B haben oder haben könnten. Nicht alle behinderten Kinder haben Anspruch auf Frühförderung oder Sonderpädagogik im Rahmen von IDEA. Unter Umständen können Kinder Behinderungen mit Auswirkungen auf die wesentlichen Lebensaktivitäten haben, aber nicht die Voraussetzungen für eine der Behinderungskategorien des IDEA erfüllen. Diese Kinder können durch verschiedene Bundesgesetze geschützt sein, wie Abschnitt 504 des Rehabilitation Act von 1973 oder der Americans with Disabilities Education Act (ADA). Die Rechte von Personen, die nur nach Abschnitt 504 geschützt sind, sind in mancher Hinsicht ähnlich und in mancher Hinsicht anders als die in dieser Broschüre beschriebenen Verfahrensgarantien. Weitere Informationen zu Abschnitt 504 erhalten Sie von Ihrem EI/ECSE-Programm oder dem Bürgerrechtsspezialisten der ODE.

## Inhaltsverzeichnis

Einführung .....	1
Teilnahme der Eltern .....	2
Bildungsnachweise .....	3
Schutzbestimmungen .....	6
Zustimmung der Eltern .....	7
Vorankündigung .....	10
Gutachten und Neubewertung .....	12
Unabhängige pädagogische Gutachten – nur ECSE .....	13
Schlichtung von Streitfragen .....	14
Kinder, die Privatschulen besuchen – nur ECSE .....	24
Disziplinierung und Unterbringung in einer vorläufigen alternativen Bildungseinrichtung – nur ECSE .....	26
Ressourcen .....	31

## **EINLEITUNG**

---

### **Für wen ist diese Broschüre gedacht?**

Diese Broschüre gibt Eltern von Kindern mit Behinderungen von der Geburt bis zum Kindergarten einen Überblick über ihre Erziehungsrechte, auch Verfahrensgarantien genannt. Diese Broschüre ist eine Mitteilung über Verfahrensgarantien für Eltern und Ersatzeltern. Das Bundesgesetz verlangt, dass Sie über alle Verfahrensgarantien informiert werden, auch über solche, die bei junge Kindern selten vorkommen.

### **Wann muss ich ein Exemplar dieser Broschüre erhalten?**

Laut Gesetz muss Ihnen diese *Mitteilung über Verfahrensgarantien* ausgehändigt werden:

- einmal im Jahr;
- wenn Sie um eine Kopie bitten;
- wenn Ihr Kind zum ersten Mal für ein Gutachten der Frühförderung (EI) oder der frühkindlichen Sonderpädagogik (ECSE) zugewiesen wird oder wenn Sie ein Gutachten beantragen und,
- wenn Ihre erste Beschwerde oder Ihr erster Antrag auf ein ordnungsgemäßes Verfahren in einem Schuljahr eingeht; und
- für ECSE, wenn eine Disziplinaentscheidung bezüglich Ihres Kindes einen Schulortswechsel involviert.

### **Was kann ich aus dieser Broschüre lernen?**

Diese Broschüre informiert Sie über Ihre Rechte in der Frühförderung und in der frühkindlichen Sonderpädagogik. Diese Broschüre gibt Ihnen keine detaillierten Informationen über IFSPs, Dienste und Programme. Sie können weitere Informationen zu diesen Bereichen erhalten, indem Sie mit dem Dienstkoordinator, Lehrer, Programmvertreter Ihres Kindes sprechen oder auf der Website des Oregon Department of Education (ODE) und anderen Ressourcen, die am Ende dieser Broschüre aufgeführt sind.

In dieser Broschüre wird der Begriff „Behörde“ verwendet, um den Schulbezirk, das EI/ECSE-Programm oder eine andere öffentliche Behörde zu bezeichnen, die für einen Aspekt der EI/ECSE-Dienste Ihres Kindes verantwortlich ist.

### **Woher stammen die Rechte an dieser Broschüre?**

Der „Individuals with Disabilities Education Act (IDEA)“ ist ein bundesweites Sonderschulgesetz, das die Bundesstaaten verpflichtet, EI- und ECSE-Dienste für berechnigte junge Kinder mit Behinderungen bereitzustellen.

### **Was ist der Unterschied zwischen EI und ECSE?**

Frühförderung (EI) bezeichnet Dienste für Kinder mit Behinderungen von der Geburt bis zum Alter von drei Jahren, die darauf ausgelegt sind, die Entwicklungsbedürfnisse des Kindes und die Bedürfnisse der Familie in Bezug auf die Förderung der Entwicklung des Kindes zu erfüllen. EI-Dienste werden in Umgebungen angeboten, die für Kinder ohne Behinderungen natürlich oder typisch sind, es sei denn, das Kind benötigt eine speziellere Umgebung. Diese Dienste sind im IFSP Ihres Kindes beschrieben.

Frühkindliche Sonderpädagogik (Early Childhood Special Education, ECSE) ist eine Dienstleistung, die auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen im

Alter von drei Jahren bis zum Eintritt in die öffentliche

Schule ausgerichtet ist. Kinder, die für ECSE-Dienste in Frage kommen, müssen eine kostenlose, angemessene öffentliche Bildung (FAPE) erhalten. FAPE bedeutet Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen, die erforderlich sind, damit Ihr Kind von seiner Ausbildung profitieren kann. Diese Dienste sind im IFSP Ihres Kindes beschrieben. Das Gesetz besagt, dass das Team Ihr Kind in der „am wenigsten restriktiven Umgebung“ unterbringen muss. Das bedeutet, dass Ihr Kind in das typischste Programm eingeteilt werden muss, das den Bedürfnissen Ihres Kindes entspricht, basierend auf dem IFSP Ihres Kindes.

### **Was ist ein IFSP?**

IFSP steht für „Individualized Family Service Plan“ (Individualisierter Plan für Familien). Ein Team bestehend aus Ihnen, den Lehrern Ihres Kindes und anderen Personen entwickelt diese Leistungen, nachdem es entschieden hat, ob Ihr Kind eine Behinderung hat und die gesetzlich festgelegten Kriterien für eine sonderpädagogische Förderung erfüllt. Das IFSP beschreibt die für Ihr Kind zu erbringenden Leistungen. Das IFSP-Team besteht aus Ihnen, den Lehrern Ihres Kindes und anderen. Das IFSP-Team überprüft die Bewertungsinformationen Ihres Kindes, identifiziert messbare Ziele für Ihr Kind und bestimmt die Dienste und Unterstützungen, die Ihr Kind benötigt, um diese Ziele zu erreichen. Weitere Informationen zu IFSPs erhalten Sie möglicherweise von dem Dienstkoordinator Ihres Kindes, dem Lehrer oder anderen Programmmitarbeitern.

### **Wo erhalte ich weitere Informationen?**

Ihr lokales EI/ECSE-Programm ist die erste Anlaufstelle für weitere Informationen. Verschiedene Personen im Programm können Fragen zu den Dienstleistungen für Ihr Kind beantworten, darunter auch der Dienstkoordinator Ihres Kindes. Auch andere Dienstleister, die mit Ihrem Kind arbeiten, können Ihnen weiterhelfen. Weitere Ressourcen sind am Ende dieser Broschüre aufgeführt.

## **ELTERNBETEILIGUNG**

---

### **Wer gilt als „Elternteil“?**

Gemäß IDEA kann ein Elternteil sein:

- ein biologischer oder Adoptivelternteil eines Kindes;
- ein Pflegeeltern eines Kindes;
- ein gesetzlicher Vormund (außer einer staatlichen Behörde) oder eine andere Person, die rechtlich für das Wohl des Kindes verantwortlich ist;
- eine Person, die als Elternteil anstelle eines leiblichen Elternteils oder Adoptivelternteils (einschließlich Großeltern, Stiefeltern oder anderer Verwandter) handelt, bei dem das Kind lebt; oder,
- ein von einer Behörde oder einem Jugendgericht ernannter Ersatzelternteil.
- Wenn mehr als eine Person qualifiziert ist, als Elternteil zu handeln, und der biologische oder Adoptivelternteil versucht, als Elternteil zu handeln, wird angenommen, dass der biologische oder Adoptivelternteil der Elternteil im Sinne des IDEA ist. Aber:

- Diese Regel gilt nicht, wenn der biologische Elternteil oder der Adoptivelternteil rechtlich nicht befugt ist, erzieherische Entscheidungen für das Kind zu treffen.
- Im Falle einer gerichtlichen Verfügung oder eines Gerichtsbeschlusses, der festlegt, wer als Elternteil eines Kindes handeln oder im Namen des Kindes erzieherische Entscheidungen treffen kann, gilt diese Person als Elternteil für sonderpädagogische Zwecke.

## **Habe ich das Recht, mich an Entscheidungen über die EI/ECSE-Dienste meines Kindes zu beteiligen?**

Ja, Ihre Teilnahme ist wichtig. Sie haben das Recht, an Besprechungen über die besonderen Bedürfnisse Ihres Kindes, die Gutachten, EI/ECSE-Dienste, wo Ihr Kind Leistungen erhält (Unterbringung) und andere Angelegenheiten im Zusammenhang mit den EI/ECSE-Diensten Ihres Kindes teilzunehmen. Dies schließt das Recht ein, an Treffen teilzunehmen, um den IFSP Ihres Kindes zu entwickeln.

## **Was ist ein Ersatzelternteil und wann wird ein Elternteil benötigt?**

Ein stellvertretender Elternteil ist eine Person, die in bestimmten Situationen, in denen ein Elternteil nicht ausfindig gemacht werden kann oder das Kind unter gerichtlicher Obhut steht, die erzieherischen Entscheidungen für ein Kind mit Behinderungen trifft. Jedes EI/ECSE-Programm hat eine Methode, um festzustellen, ob ein Kind einen stellvertretenden Elternteil braucht, und um dem Kind einen stellvertretenden Elternteil zuzuweisen. Die als stellvertretende gewählte Person: (1) darf keine Interessen haben, die den Interessen des von ihm vertretenen Kindes entgegenstehen, und (2) muss über Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen, die eine angemessene Vertretung des Kindes gewährleisten. Ein stellvertretender Elternteil nimmt als Elternteil an IFSP-Meetings teil und hat alle in dieser Broschüre beschriebenen Rechte.

## **BILDUNGSNACHWEISE**

---

### **Darf ich die Bildungsunterlagen meines Kindes einsehen?**

Ja. Zwei Gesetze, das „Family Educational Rights and Privacy Act (FERPA)“ und das IDEA, geben Ihnen das Recht, alle Bildungsnachweise Ihres Kindes einzusehen. Fragen Sie den Lehrer, Dienstkoordinator oder Programmverwalter Ihres Kindes, wenn Sie die Unterlagen einsehen möchten.

Wenn Sie Einsicht in die Unterlagen Ihres Kindes verlangen, muss der Studiengang Ihres Kindes dies veranlassen:

- ohne unnötige Verzögerung;
- vor jedem Treffen über den IFSP Ihres Kindes;
- vor jeder Anhörung über das ordentliche Verfahren in Bezug auf Ihr Kind (einschließlich eines Schlichtungsgesprächs oder eines Treffens über Disziplinarmaßnahmen) in Bezug auf Ihr Kind; und in jedem Fall
- Für EI: innerhalb von 10 Kalendertagen nach Ihrer Anfrage;
- Für ECSE: innerhalb von 45 Kalendertagen nach Ihrer Anfrage;

Normalerweise werden Anfragen zur Einsichtnahme in Bildungsnachweise an den Programmadministrator gerichtet. Ihr Recht zur Einsichtnahme und Überprüfung von Bildungsunterlagen umfasst:

1. Ihr Recht auf eine Antwort des EI/ECSE-Programms auf Ihre begründeten Anfragen nach Erklärungen und Interpretationen der Unterlagen;
2. Ihr Recht zu verlangen, dass das EI/ECSE-Programm Kopien der Unterlagen bereitstellt, wenn Sie die Unterlagen nicht effektiv einsehen und überprüfen



können, es sei denn, Sie erhalten diese Kopien; **und**,

3. Ihr Recht, dass Ihr Vertreter die Unterlagen einsehen und überprüfen kann.

Das EI/ECSE-Programm kann davon ausgehen, dass Sie befugt sind, die Unterlagen Ihres Kindes einzusehen und zu überprüfen, es sei denn, Sie werden darauf hingewiesen, dass

Sie nach geltendem Recht des Bundesstaates Oregon, das z. B. Angelegenheiten wie Vormundschaft, Trennung und Scheidung regelt, nicht befugt sind.

Jedes EI/ECSE-Programm muss Unterlagen über Parteien führen, die Zugang zu Bildungsunterlagen erhalten, die im Rahmen der IDEA gesammelt, gepflegt oder verwendet werden (außer Zugang durch Eltern und autorisierte Mitarbeiter der teilnehmenden Behörde), einschließlich des Namens der Partei, an dem der Zugriff erfolgte angegeben sind und für welchen Zweck die Partei berechtigt ist, die Unterlagen zu verwenden.

Wenn Bildungsunterlagen Informationen zu mehr als einem Kind enthalten, haben die Eltern dieser Kinder das Recht, nur die Informationen zu ihrem Kind einzusehen und zu überprüfen oder über diese spezifischen Informationen informiert zu werden.

Auf Anfrage muss Ihnen das EI/ECSE-Programm eine Liste der Arten und Orte der von der Behörde gesammelten, gepflegten oder verwendeten Bildungsunterlagen zur Verfügung stellen.

Das EI/ECSE-Programm kann eine Gebühr für Kopien von Unterlagen erheben, die für Sie im Rahmen von IDEA angefertigt werden, wenn die Gebühr Sie nicht effektiv daran hindert, Ihr Recht auf Einsichtnahme und Überprüfung dieser Unterlagen auszuüben. Ein EI/ECSE-Programm darf keine Gebühr für die Suche nach oder den Abruf von Informationen im Rahmen der IDEA erheben.

Für EI muss Ihr EI/ECSE-Programm jedoch Folgendes kostenlos für Sie bereitstellen:

1. eine erste Kopie der Frühförderungsakte (EI) des Kindes;
2. eine Kopie jedes Gutachtens, Beurteilung Ihres Kindes, Familienbeurteilung und IFSP so bald wie möglich nach jeder IFSP.

### **Was kann ich tun, wenn ich die Bildungsnachweise meines Kindes korrigieren möchte?**

Für EI: Wenn Sie der Meinung sind, dass Informationen in den Bildungsunterlagen über Ihr Kind oder Sie selbst als Elternteil ungenau oder irreführend sind oder die Privatsphäre oder andere Rechte Ihres Kindes verletzen, können Sie das EI/ECSE-Programm, das die Informationen verwaltet, auffordern, die Informationen zu ändern.

Für ECSE: Wenn Sie der Meinung sind, dass Informationen in den Bildungsunterlagen zu Ihrem Kind ungenau oder irreführend sind oder die Privatsphäre oder andere Rechte Ihres Kindes verletzen, können Sie das EI/ECSE-Programm, das die Informationen verwaltet, auffordern, die Informationen zu ändern.

Das EI/ECSE-Programm muss innerhalb einer angemessenen Frist nach Eingang Ihrer Anfrage entscheiden, ob die Informationen gemäß Ihrer Anfrage geändert werden. Wenn das EI/ECSE-Programm sich weigert, die von Ihnen angeforderten Informationen zu ändern, muss es Sie über die Ablehnung und Ihr Recht auf Anhörung informieren.

Das EI/ECSE-Programm muss Ihnen auf Anfrage Gelegenheit zu einer Anhörung geben, um Informationen in Bildungsunterlagen zu Ihrem Kind anzufechten, um sicherzustellen, dass sie nicht ungenau, irreführend oder anderweitig gegen die Privatsphäre oder andere Rechte Ihres Kindes verstoßen.

Eine Anhörung zur Anfechtung von Informationen in Bildungsunterlagen muss gemäß den Verfahren für solche Anhörungen im Rahmen des Family Educational Rights and

Privacy Act (FERPA) durchgeführt werden.

Wenn das EI/ECSE-Programm als Ergebnis der Anhörung entscheidet, dass die Informationen ungenau, irreführend oder anderweitig die Privatsphäre oder andere Rechte des Kindes verletzen, muss es die Informationen ändern und Sie schriftlich informieren.

Wenn das EI/ECSE-Programm als Ergebnis der Anhörung entscheidet, dass die Informationen nicht ungenau, irreführend oder anderweitig gegen die Privatsphäre oder andere Rechte Ihres Kindes verstoßen, muss es Sie über Ihr Recht auf Aufnahme in die Unterlagen informieren, dass es über Ihr Kind eine Erklärung aufbewahrt, in der die Informationen kommentiert oder begründet werden, warum Sie mit der Entscheidung des EI/ECSE-Programms nicht einverstanden sind.

Ihre Erklärung muss:

1. vom EI/ECSE-Programm als Teil der Unterlagen Ihres Kindes geführt werden, solange die Unterlage oder der angefochtene Teil vom EI/ECSE-Programm geführt wird; **und**,
2. wenn das EI/ECSE-Programm die Unterlagen Ihres Kindes oder des angefochtenen Teils an eine Partei weitergibt, muss die Erklärung auch dieser Partei offengelegt werden.

### **Was sind „personenbezogene“ Informationen?**

Personenbezogene Informationen sind in FERPA, 34 CFR 99.1 bis 99.38 definiert, dass die Unterlagen von Kindern mit Behinderungen schützt, einschließlich Unterlagen über Frühförderung und Frühkindliche Sonderpädagogik. Die IDEA übernimmt auch die Definition von „Bildungsunterlagen“ in 34 CFR-Teil 99, FERPA. Für EI bedeutet der Begriff Bildungsunterlagen Unterlagen über Frühförderung.

Personenbezogene Daten umfassen Informationen wie:

- (a) Name Ihres Kindes, Ihr Name als Elternteil oder der Name eines anderen Familienmitglieds;
- (b) Adresse Ihres Kindes;
- (c) eine persönliche Identifizierung, wie z. B. die Sozialversicherungsnummer oder Studentenummer Ihres Kindes;
- (d) eine Liste mit persönlichen Merkmalen oder anderen Informationen, die es ermöglichen würden, Ihr Kind mit hinreichender Sicherheit zu identifizieren;
- (e) andere Informationen, wie Geburtsdatum, Geburtsort und Mädchenname Ihrer Mutter.

### **Sind die Bildungsnachweise meines Kindes vertraulich?**

Ja, der „Family Educational Rights and Privacy Act (FERPA)“ und IDEA schützen auch die Vertraulichkeit der Bildungsunterlagen und personenbezogenen Daten Ihres Kindes.

Jedes EI/ECSE-Programm muss die Vertraulichkeit persönlich identifizierbarer Informationen in den Phasen der Erfassung, Speicherung, Offenlegung und Vernichtung schützen.

Ein Beamter jeder teilnehmenden Behörde muss die Verantwortung für die Sicherstellung der Vertraulichkeit aller personenbezogenen Daten übernehmen.

Sämtliche Personen, die personenbezogene Daten sammeln oder verwenden, müssen eine Schulung oder Unterweisung zu den Richtlinien und Verfahren von

Oregon in Bezug auf die Vertraulichkeit gemäß IDEA und FERPA erhalten.

Alle EI/ECSE-Programme müssen zur öffentlichen Einsichtnahme eine aktuelle Liste mit den Namen und Positionen der Mitarbeiter innerhalb der Behörde führen, die Zugang zu personenbezogenen Daten haben könnten.

Sofern die Informationen nicht in Bildungsunterlagen enthalten sind und die Offenlegung ohne elterliche Zustimmung gemäß dem Family Educational Rights and Privacy Act (FERPA) genehmigt ist, müssen Sie schriftlich zustimmen, bevor personenbezogene Daten an andere Parteien als Beamte der EI Ihres Kindes weitergegeben werden /ECSE-Programm.

Außer unter den unten angegebenen Umständen ist Ihre Zustimmung nicht erforderlich, bevor personenbezogene Daten an Beamte teilnehmender Behörden weitergegeben werden, um eine Anforderung der IDEA zu erfüllen.

Für ECSE: Falls Sie Ihr Kind an einer Privatschule angemeldet haben, die sich nicht in demselben Schulbezirk befindet, in dem Sie wohnhaft sind, muss Ihre Zustimmung eingeholt werden, bevor personenbezogene Daten über Ihr Kind zwischen Beamten des Schulbezirks, in dem sich die Privatschule befindet, und Beamten des Schulbezirks, in dem Sie wohnhaft sind, weitergegeben werden.

## **SCHUTZBESTIMMUNGEN**

---

Im Allgemeinen müssen Sie anderen Personen als den Beamten des EI/ECSE-Programms Ihres Kindes schriftlich zustimmen, die Bildungsunterlagen Ihres Kindes einzusehen, es sei denn, die Offenlegung ist ohne elterliche Zustimmung gemäß FERPA und für EI gemäß IDEA gestattet.

Im Allgemeinen genehmigt FERPA, dass die Unterlagen Ihres Kindes ohne Ihre Zustimmung freigegeben werden können an:

- Lehrer und andere Programmmitarbeiter, die ein „berechtigtes Bildungsinteresse“ haben;
- ein anderes Programm, einen Distrikt oder eine Bildungsstätte, wenn Sie in diesen Distrikt oder diese Stätte wechseln oder Leistungen von diesem erhalten.

Die Unterlagen Ihres Kindes können unter bestimmten Umständen auch ohne Ihre Zustimmung veröffentlicht werden, wie im „Family Education Rights and Privacy Act (FERPA)“ beschrieben. Beispielsweise ist Ihre schriftliche Zustimmung nicht erforderlich, um einem Gerichtsbeschluss nachzukommen oder in einem Gesundheits- oder Sicherheitsnotfall. Bestimmte Informationen, wie der Name, die Adresse und die Aktivitäten Ihres Kindes, können als „Verzeichnisinformationen“ weitergegeben werden, FALLS Sie keine Erklärung zur Ablehnung der Weitergabe von Verzeichnisinformationen unterzeichnet haben. Wenden Sie sich an Ihr Programm, um eine Kopie der Richtlinie zu vollständigen Unterlagen Ihres Programms zu erhalten.

Ihr EI/ECSE-Programm muss Sie darüber informieren, wenn personenbezogene Daten, die erfasst, gepflegt oder verwendet werden, nicht mehr benötigt werden, um EI/ECSE-Dienste für Ihr Kind bereitzustellen, oder gemäß den geltenden Bundes- und Landesgesetzen nicht mehr aufbewahrt werden müssen.

Die Informationen müssen auf Ihren Antrag hin vernichtet werden. (Zerstörung bedeutet physische Zerstörung oder Entfernung persönlicher Kennungen von Informationen, sodass die Informationen nicht mehr persönlich identifizierbar sind.)

Es kann jedoch eine dauerhafte Aufzeichnung des Namens, der Adresse und Telefonnummer Ihres Kindes und der EI/ECSE-Teilnahme ohne zeitliche Begrenzung

geführt werden. Für EI kann die dauerhafte Aufzeichnung auch die Namen von Dienstkoordinatoren und EI-Anbietern, Austrittsdaten (einschließlich Jahr und Alter beim Austritt und alle beim Austritt eingegebenen Programme) enthalten.

---

## ZUSTIMMUNG DER ELTERN

---

### Was bedeutet „Zustimmung“?

*Zustimmung* bedeutet:

1. Sie wurden in Ihrer Muttersprache oder einem anderen Kommunikationsmittel (z. B. Gebärdensprache, Blindenschrift oder mündliche Kommunikation) vollständig über alle Informationen über die Handlung informiert, für die Sie Ihre Zustimmung geben.
2. Sie verstehen diese Maßnahme und stimmen ihr schriftlich zu, und die Zustimmung beschreibt diese Maßnahme und listet die Unterlagen (falls vorhanden) auf, die freigegeben werden und an wen; **und**
3. Sie verstehen, dass die Einwilligung Ihrerseits freiwillig ist und dass Sie Ihre Einwilligung jederzeit widerrufen können.

### Ist meine Einwilligung für das Gutachten meines Kindes erforderlich?

Ja. Die öffentliche Behörde muss Sie schriftlich benachrichtigen und Ihre schriftliche Zustimmung einholen, bevor sie Ihr Kind bewerten oder erneut bewerten kann. Die Behörde muss Sie über die bei Ihrem Kind anzuwendenden Tests informieren.

Ihre Zustimmung zur Erstbewertung bedeutet nicht, dass Sie auch Ihr Einverständnis zur Bereitstellung von ECSE-Diensten für Ihr Kind durch das ECSE-Programm gegeben haben.

### Gibt es Ausnahmen, wenn meine Zustimmung zur Begutachtung meines Kindes erforderlich ist?

Ja. Die Zustimmung der Eltern ist nicht erforderlich für (1) die Überprüfung vorhandener Informationen im Rahmen eines Gutachtens oder Neubewertung, (2) die Durchführung eines Tests oder einer Gutachtung, der/die allen Kindern verabreicht wird (es sei denn, die Zustimmung aller Eltern des Kindes wird vor der Durchführung des Tests verlangt) oder (3) die Durchführung von Gutachtentests, -verfahren oder -instrumenten, die im IFSP des Kindes als Maßnahme zur Bestimmung des Fortschritts angegeben sind.

Auch für ECSE kann die öffentliche Behörde Ihr Kind ohne Ihre schriftliche Zustimmung neu bewerten, wenn sie angemessene Maßnahmen ergriffen hat, um Ihre Zustimmung einzuholen, und Sie nicht geantwortet haben. Staatliche Vorschriften erfordern immer noch die Zustimmung der Eltern, bevor ein Intelligenz- oder Persönlichkeitstest durchgeführt wird.

### Kann ich die Zustimmung verweigern, dass mein Kind bewertet oder neu bewertet wird?

Ja, Sie können die Zustimmung zu einem Gutachten oder Neubewertung Ihres Kindes verweigern. Um Verwirrung zu vermeiden, sollten Sie die Behörde schriftlich informieren, wenn Sie die Einwilligung verweigern möchten.

Für ECSE: Wenn Sie sich weigern, einem Gutachten oder Neubewertung zuzustimmen, kann die Behörde versuchen, Ihr Kind durch eine Anhörung über das ordentliche Verfahren zu bewerten, wenn sie der Ansicht ist, dass ein Gutachten für Ihr Kind erforderlich ist. Sie und die Behörde können ein Schlichtungsverfahren vereinbaren, um Ihre Meinungsverschiedenheiten zu lösen. Wie bei Neubewertungen verstößt das ECSE-Programm nicht gegen seine Verpflichtungen aus der IDEA, wenn



es die Neubewertung nicht auf diese Weise fortsetzt.

**Kann ich meine Einwilligung zum Gutachten widerrufen?**

Nachdem Sie der Behörde eine schriftliche Einwilligung zum Gutachten oder Neubewertung Ihres Kindes erteilt haben, können Sie Ihre Einwilligung nur für die noch nicht abgeschlossenen Gutachten widerrufen.

**Ist meine Zustimmung erforderlich, damit mein Kind EI-Leistungen erhält?**

Ja, Sie müssen in Kenntnis der Sachlage Ihre schriftliche Zustimmung geben, bevor das Programm Ihrem Kind EI-Leistungen anbieten kann. Ihre Zustimmung ist für jeden im IFSP Ihres Kindes beschriebenen EI-Leistung erforderlich. Wenn Sie eine Leistung ablehnen oder verweigern, wird diese Leistung nicht bereitgestellt. Die anderen EI-Leistungen werden weiterhin bereitgestellt.

**Ist meine Zustimmung erforderlich, damit mein Kind ECSE-Leistungen erhält?**

Ja, ECSE ist ein sonderpädagogisches Programm. Sie müssen Ihr schriftliches Einverständnis geben, bevor das Programm Ihr Kind zum ersten Mal in ein ECSE-Programm aufnehmen kann. Wenn Sie den ECSE-Leistungen zustimmen, stimmen Sie zu, dass Ihr Kind an Teil B IDEA-Leistungen teilnimmt, die Sonderschuldienste im Schulalter umfassen, wenn Ihr Kind im Schulalter weiterhin berechtigt ist.

**Zustimmung zur Nutzung öffentlicher Leistungen und Versicherungen (z. B. Medicaid) für Kinder in ECSE-Programmen (d. h. Kinder im Alter von 3 bis 21 Jahren)**

Bevor ein ECSE-Programm zum ersten Mal auf Ihre öffentliche Versicherung (z. B. Medicaid) zugreifen kann, ist die schriftliche Zustimmung der Eltern erforderlich. Diese Einwilligung muss Folgendes enthalten: (a) die personenbezogenen Daten, die offengelegt werden können (z. B. Unterlagen von Informationen über die möglicherweise bereitgestellten Dienste); (b) den Zweck der Offenlegung (z. B. Abrechnung von Dienstleistungen); und (c) die Behörde, an die die Offenlegung erfolgen kann (z. B. Medicaid). Die Zustimmung muss auch angeben, dass der Elternteil versteht und zustimmt, dass die öffentliche Behörde auf die öffentlichen Leistungen oder Versicherungen des Kindes oder Elternteils zugreifen kann, um Dienstleistungen zu bezahlen.

Schulbezirke müssen Sie schriftlich benachrichtigen, bevor Sie diese Zustimmung anfordern und bevor Sie zum ersten Mal auf die öffentlichen Leistungen des Kindes oder der Eltern zugreifen. Der Schulbezirk muss Ihnen diese schriftliche Benachrichtigung auch **jährlich** zukommen lassen, nachdem die Zustimmung zur Nutzung öffentlicher Zuwendungen eingeholt wurde.

**Ist meine Zustimmung erforderlich, um öffentliche oder private Leistungen oder Versicherungen für EI/ECSE-Leistungen in Anspruch zu nehmen?**

EI/ECSE-Leistungen für Ihr Kind werden Ihnen und Ihrer Familie kostenlos zur Verfügung gestellt. Das Programm, das die Dienstleistungen anbietet, kann jedoch darum bitten, Ihnen oder dem Kind öffentliche Versicherungen oder Leistungen (wie z. B. Medicaid oder den Oregon Health Plan) oder eine private Versicherung in Rechnung zu stellen, um die Bezahlung der EI/ECSE-Dienstleistungen zu unterstützen. Dazu muss das Programm Ihre schriftliche Zustimmung haben. Wenn Ihr Kind drei Jahre oder älter ist, sind die erforderlichen Einwilligungs- und Benachrichtigungsinformationen oben aufgeführt.

Ihre öffentliche oder private Versicherung oder die Ihres Kindes kann nicht für Leistungen in Rechnung gestellt werden, auf die Ihr Kind Anspruch hat, z. B. kostenlose Leistungen wie:

1. Auswertungen und Gutachten Ihres Kindes;

2. Servicekoordination für Sie oder Ihr Kind;
3. Die Entwicklung, Überprüfung und Gutachten von IFSPs.

Wenn Sie Ihr Einverständnis geben, dass Ihnen oder der Versicherung Ihres Kindes Leistungen in Rechnung gestellt werden, übernimmt Ihr Programm Kosten wie Selbstbehalte oder Zuzahlungen im Zusammenhang mit diesen Leistungen. Wenn Sie mit den Kosten im Zusammenhang mit der Versicherungsabrechnung nicht einverstanden sind, können Sie eines der unter „Schlichtung von Streitfragen“ beschriebenen Verfahren anwenden.

Für gesetzlich oder privat versicherte Familien entstehen keine zusätzlichen Kosten. Die Leistungen werden nicht aufgrund von Zahlungsunfähigkeit oder der Verweigerung der Zustimmung zum Zugang zu Ihrer öffentlichen oder privaten Versicherung verzögert oder verweigert.

### **Kann ich die Zustimmung zum Erhalt von ECSE-Leistungen für mein Kind verweigern?**

Ja, Sie können die Zustimmung zur Erstunterbringung Ihres Kindes in der Sonderschule verweigern. Um Verwirrung zu vermeiden, sollten Sie das Programm schriftlich informieren, wenn Sie die Zustimmung verweigern möchten.

Wenn Sie Ihre Zustimmung widerrufen möchten, nachdem Ihr Kind bereits ECSE- und damit verbundene Leistungen erhalten hat, müssen Sie dies schriftlich tun. Durch den Widerruf der Einwilligung wird eine Handlung, die nach Erteilung der Einwilligung, aber vor dem Widerruf erfolgt ist, nicht rückgängig gemacht. Darüber hinaus ist das ECSE-Programm nicht verpflichtet, die Bildungsunterlagen Ihres Kindes zu ergänzen (zu ändern), um alle Hinweise darauf zu entfernen, dass Ihr Kind ECSE und damit verbundene Dienstleistungen nach Ihrem Widerruf der Einwilligung erhalten hat.

Wenn Sie einer Aufforderung, Ihre Zustimmung zur erstmaligen Inanspruchnahme von ECSE- und damit verbundenen Dienstleistungen für Ihr Kind zu erteilen, nicht nachkommen, oder wenn Sie diese Zustimmung verweigern oder später schriftlich widerrufen, kann Ihr ECSE-Programm die Verfahrensgarantien (d. h. Schlichtung, Beschwerde im Rahmen einer Anhörung über das ordentliche Verfahren, Schlichtungsgespräch oder eine unparteiische Anhörung im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens) nicht in Anspruch nehmen, um eine Zustimmung oder eine Entscheidung zu erwirken, dass die ECSE- und damit verbundenen Dienstleistungen (die vom IFSP-Team Ihres Kindes empfohlen wurden) ohne Ihre Zustimmung für Ihr Kind erbracht werden können.

Wenn Sie Ihre Zustimmung zur erstmaligen Inanspruchnahme von ECSE-Leistungen für Ihr Kind verweigern oder wenn Sie einer Aufforderung zur Erteilung einer solchen Zustimmung nicht nachkommen oder Ihre Zustimmung später schriftlich widerrufen (rückgängig machen) und das ECSE-Programm Ihrem Kind die ECSE-Leistungen, für die es Ihre Zustimmung eingeholt hat, nicht zur Verfügung stellt, dann:

1. verstößt das ECSE-Programm nicht gegen die Verpflichtung, Ihrem Kind eine kostenlose angemessene öffentliche Bildung (FAPE) zur Verfügung zu stellen, weil es Ihrem Kind diese Dienste nicht zur Verfügung stellt; **und**,
2. ist das ECSE-Programm nicht verpflichtet, ein IFSP-Meeting abzuhalten oder ein IFSP für Ihr Kind für die ECSE-Dienste zu entwickeln, für die Ihre Zustimmung angefordert wurde.

Wenn Sie Ihre Einwilligung zu irgendeinem Zeitpunkt schriftlich widerrufen (rückgängig machen), nachdem Ihrem Kind zum ersten Mal ECSE und damit verbundene Dienstleistungen bereitgestellt wurden, kann das ECSE-Programm diese Dienstleistungen möglicherweise nicht weiter erbringen, sondern muss Sie vorab schriftlich benachrichtigen, wie unter der Überschrift beschrieben **Vorherige schriftliche Mitteilung**, bevor diese Dienste eingestellt werden.

### **Sonderregelungen für die Erstbewertung von staatlich bevormundeten Kindern**

Für staatlich bevormundete Kinder, die nicht bei einem Elternteil leben, benötigt das

ECSE-Programm keine Zustimmung des Elternteils für eine Erstbewertung , um festzustellen, ob das Kind eine Behinderung aufweist, wenn:

1. das ECSE-Programm trotz angemessener Bemühungen die Eltern des Kindes nicht auffinden kann;
2. die Rechte der Eltern gemäß staatlichem Recht beendet wurden; **oder**,
3. wenn ein Richter einer anderen Person als den Eltern das Recht zuerkannt hat, pädagogische Entscheidungen zu treffen und die Zustimmung zu einer ersten Beurteilung zu erteilen.

Der Begriff *Staatlich bevormundetes Kind*, wie in IDEA verwendet, bezeichnet ein Kind, das nach den Feststellungen des Staates, in dem es lebt:

1. ein Pflegekind ist;
2. ein staatlich bevormundetes Kind nach staatlichem Recht ist; **oder**,
3. in der Obhut einer öffentlichen Kinderfürsorgeeinrichtung ist.

Ein Pflegekind, das einen Pflegeelternteil hat, gilt nicht als *staatlich bevormundetes Kind*. In Oregon ist ein staatlich bevormundetes Kind ein Kind, das sich vorübergehend oder dauerhaft in der Obhut des Department of Human Services befindet oder ihm durch Maßnahmen des Jugendgerichts übergeben wird.

### **Sonstige Zustimmungserfordernisse – ECSE**

Das ECSE-Programm muss Unterlagen über angemessene Anstrengungen führen, um die Zustimmung der Eltern für Erstbeurteilungen einzuholen, ECSE-Dienste zum ersten Mal bereitzustellen, Neubeurteilungen durchzuführen und Eltern von Mündel des Staates für Erstbeurteilungen zu finden. Die Dokumentation muss eine Aufzeichnung der Versuche des ECSE-Programms in diesen Bereichen enthalten, wie z. B.:

1. Detaillierte Unterlagen über getätigte oder versuchte Telefonanrufe und die Ergebnisse dieser Anrufe;
2. Kopien der an die Eltern gesendeten Korrespondenz und aller erhaltenen Antworten; **und**,
3. Ausführliche Unterlagen über Besuche in der Wohnung oder am Arbeitsplatz der Eltern und die Ergebnisse dieser Besuche.

Ihr EI/ECSE-Programm darf Ihre Weigerung, einer Dienstleistung oder Aktivität zuzustimmen, nicht dazu verwenden, Ihnen oder Ihrem Kind andere Dienstleistungen, Leistungen oder Aktivitäten zu verweigern.

Wenn Sie Ihr Kind auf eigene Kosten in einer privaten Vorschule angemeldet haben und Ihre Zustimmung zur Erst- oder Neubewertung Ihres Kindes nicht erteilen oder einer Aufforderung zur Erteilung Ihrer Zustimmung nicht nachkommen, kann das ECSE-Programm sein Verfahren zur Aufhebung der Zustimmung (d. h. Schlichtung oder unparteiische Anhörung über das ordentliche Verfahren) nicht anwenden und ist nicht verpflichtet, Ihr Kind als berechtigt zu betrachten, gleichwertige Leistungen zu erhalten (Leistungen, die Kindern mit Behinderungen, die von ihren Eltern in einer Privatschule untergebracht wurden, zur Verfügung stehen).

### **VORHERIGE SCHRIFTLICHE ANKÜNDIGUNG**

---

Ihr EI/ECSE-Programm muss Sie schriftlich benachrichtigen (Ihnen bestimmte Informationen schriftlich zur Verfügung stellen), wenn es beabsichtigt:

1. die Identifizierung, Bewertung oder schulische Unterbringung Ihres Kindes oder die Bereitstellung von Frühförderungsdiensten für ein Kind von der Geburt bis zum Alter von drei Jahren oder die Bereitstellung einer kostenlosen angemessenen öffentlichen Bildung (FAPE) für ein Kind im Alter von drei bis fünf Jahren einzuleiten oder zu ändern; **oder**
2. wenn es sich weigert, die Identifizierung, Bewertung oder schulische

Unterbringung Ihres Kindes oder die Bereitstellung von Frühförderdiensten für ein Kind von der Geburt bis zum dritten Lebensjahr oder die Bereitstellung von FAPE für Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren einzuleiten oder zu ändern.

### Wann muss das Programm Sie vorher schriftlich benachrichtigen?

Sie sind nicht nur ein obligatorischer Teilnehmer an der Entscheidungsfindung, sondern haben auch das Recht, dass das Programm Sie schriftlich über wichtige Entscheidungen benachrichtigt, die die EI/ECSE-Leistungen Ihres Kindes betreffen, und zwar eine angemessene Zeit, bevor diese Entscheidungen getroffen werden. Dazu gehören Entscheidungen über:

- Ihr Kind als Kind mit einer Behinderung einzustufen oder die Förderfähigkeit Ihres Kindes von einer Behinderung auf eine andere zu ändern;
- Ihr Kind zu bewerten oder neu zu bewerten;
- für EI, Frühförderungsleistungen für Ihr Kind zu erbringen oder eine Komponente der EI-Leistungen für Ihr Kind zu ändern;
- für ECSE, Ihrem Kind eine kostenlose angemessene öffentliche Bildung zu gewähren oder einen Bestandteil der kostenlosen angemessenen öffentlichen Bildung Ihres Kindes zu ändern;
- einen IFSP für Ihr Kind zu erstellen oder den IFSP Ihres Kindes zu ändern; **oder**,
- ihr Kind in EI/ECSE-Diensten unterzubringen oder den Ort zu wechseln, an dem ihr Kind EI/ECSE-Dienste erhält.

Sie haben auch das Recht auf vorherige schriftliche Benachrichtigung durch das Programm, wenn das Programm Ihren Antrag auf Durchführung dieser Maßnahmen ablehnt.

### Welche Angaben muss die schriftliche Mitteilung enthalten?

Die vorherige schriftliche Benachrichtigung muss folgendes enthalten:

- Die Maßnahme, die das Programm vorschlägt oder ablehnt;
- Der Grund warum das Programm die Maßnahme vorschlägt oder ablehnt;
- Eine Beschreibung aller anderen in Betracht gezogenen Optionen und der Gründe, warum diese Optionen abgelehnt wurden;
- Eine Beschreibung aller Gutachtensverfahren, Tests, Unterlagen oder Berichte, die als Grundlage für die vorgeschlagene oder abgelehnte Maßnahme verwendet wurden;
- Eine Beschreibung aller anderen Faktoren, die für die vorgeschlagene oder abgelehnte Maßnahme relevant sind;
- Eine Erklärung zu den Beschwerdeverfahren, einschließlich einer Beschreibung, wie eine Beschwerde einzureichen ist, und der Fristen für diese Verfahren;
- Eine Kopie dieser *Mitteilung über Verfahrensgarantien* oder wie Sie eine Kopie erhalten können; **und**,
- Ansprechpartner für weiteren Information über diese Verfahrensgarantien.

Eine vorherige schriftliche Mitteilung in Ihrer Muttersprache muss erfolgen, es sei denn,



dies ist eindeutig nicht möglich. Die Bekanntmachung muss in einer allgemein verständlichen Sprache verfasst sein.

Wenn Ihre Muttersprache oder andere Art der Kommunikation keine Schriftsprache ist, muss das Programm Schritte unternehmen, um sicherzustellen, dass:

- Die Mitteilung wird mündlich oder auf andere Weise in Ihre Muttersprache oder eine andere Kommunikationsart übersetzt;
- Sie verstehen den Inhalt der Mitteilung: **und**,
- Es gibt einen schriftlichen Nachweis, dass diese Anforderungen erfüllt wurden.

*Muttersprache* bedeutet im Zusammenhang mit einer Person mit eingeschränkten Englischkenntnissen Folgendes:

1. die Sprache, die normalerweise von dieser Person verwendet wird, oder im Falle eines Kindes die Sprache, die normalerweise von den Eltern des Kindes verwendet wird;
2. bei jedem direkten Kontakt mit einem Kind (einschließlich der Gutachten des Kindes) die Sprache, die das Kind normalerweise zu Hause oder in der Lernumgebung verwendet.

Für taube, blinde oder schriftsprachunkundige Personen ist die Kommunikationsform diejenige, die sie normalerweise verwenden (z. B. Gebärdensprache, Braille-Schrift oder mündliche Kommunikation).

### **Kann ich verlangen, dass Mitteilungen per E-Mail eingesehen werden?**

Wenn Ihr EI/ECSE-Programm Eltern die Möglichkeit bietet, Dokumente per E-Mail zu erhalten, können Sie Folgendes per E-Mail erhalten:

1. vorherige schriftliche Mitteilung;
2. Diese Mitteilung über Verfahrensgarantien **und**,
3. Mitteilungen im Zusammenhang mit einer Anhörung über das ordentliche Verfahren.

## **GUTACHTEN UND NEUBEWERTUNG**

---

### **Wenn mein Kind EI-Dienstleistungen erhält, muss mein Kind untersucht werden, um für ECSE-Dienstleistungen in Frage zu kommen?**

Ja. Wenn Ihr Kind EI-Dienstleistungen erhält, muss Ihr Kind vor seinem dritten Lebensjahr auf ECSE-Eignung geprüft werden. Das IFSP-Team muss vorhandene Gutachtensdaten überprüfen und entscheiden, ob weitere Informationen erforderlich sind, um festzustellen, ob Ihr Kind für ECSE-Dienstleistungen in Frage kommt.

### **Wenn mein Kind ECSE-Dienstleistungen erhält, muss mein Kind neu bewertet werden, um Anspruch auf sonderpädagogische Leistungen im Schulalter zu haben?**

Wenn Ihr Kind von ECSE als Kind mit einer Behinderung identifiziert wird, hat Ihr Kind weiterhin Anspruch auf sonderpädagogische Leistungen im schulpflichtigen Alter. Der Schulbezirk kann, muss aber nicht, eine Neubewertung durchführen, um die Förderungswürdigkeit zu überprüfen.

Das IFSP-Team muss die vorhandenen Beurteilungsinformationen überprüfen und entscheiden, ob zusätzliche Informationen erforderlich sind, um festzustellen, ob Ihr Kind für eine sonderpädagogische Förderung in einer dieser Kategorien in Frage kommt.

Wenn das Team keine kategorische Behinderung vermutet oder entscheidet, dass keine zusätzlichen Informationen erforderlich sind, um festzustellen, ob Ihr Kind weiterhin Anspruch auf Sonderschulung hat, muss die Behörde Ihnen diese Entscheidung und die Gründe dafür mitteilen. Sie haben weiterhin das Recht, eine Beurteilung zu beantragen, um festzustellen, ob Ihr Kind weiterhin förderfähig

ist. Die Behörde ist nicht verpflichtet, eine Begutachtung Ihres Kindes vorzunehmen, es sei denn, Sie verlangen dies.

### **Wenn mein Kind am ECSE-Programm teilnimmt, wie oft wird mein Kind neu bewertet?**

Ihr Kind darf höchstens einmal im Jahr neu bewertet werden, es sei denn, Sie und die Behörde vereinbaren etwas anderes. Bei ECSE-Kindern und Kindern im schulpflichtigen Alter findet in der Regel alle drei Jahre irgendeine Form der Neubewertung oder Erwägung einer Neubewertung statt. Dies kann aber auch öfter vorkommen.

## **UNABHÄNGIGE PÄDAGOGISCHE GUTACHTEN – NUR ECSE**

---

### **Was ist eine pädagogische Gutachten?**

Ein unabhängiges pädagogische Gutachten (IEE) ist ein Gutachten durch einen qualifizierten Prüfer, der kein Mitarbeiter der für Ihr Kind zuständigen öffentlichen Behörde ist. Sie haben das Recht auf eine unabhängiges pädagogisches Gutachten auf öffentliche Kosten, wenn Sie mit dem Gutachten, das die öffentliche Behörde für Ihr Kind erstellt hat, nicht einverstanden sind. Öffentliche Kosten bedeutet, dass die Behörde die Auswertung für Sie kostenlos zur Verfügung stellen muss.

Sie haben nur Anspruch auf ein unabhängiges pädagogisches Gutachten Ihres Kindes auf öffentliche Kosten, wenn die öffentliche Behörde ein Gutachten Ihres Kindes durchführt, mit der Sie nicht einverstanden sind.

### **Was sind die Kriterien für ein unabhängiges pädagogisches Gutachten?**

Wenn ein unabhängiges pädagogisches Gutachten auf öffentliche Kosten erfolgt, müssen die Kriterien, nach denen das Gutachten eingeholt wird, einschließlich des Ortes des Gutachtens, der Qualifikation des Prüfers und der Kosten, den Kriterien entsprechen, die die öffentliche Behörde bei deren Initiierung von Gutachten anwendet (soweit diese Kriterien mit Ihrem Recht auf ein unabhängiges pädagogisches Gutachten vereinbar sind).

Abgesehen von den oben beschriebenen Kriterien darf eine öffentliche Behörde keine Bedingungen oder Fristen im Zusammenhang mit der Erlangung eines unabhängigen pädagogischen Gutachtens auf öffentliche Kosten auferlegen.

Die Behörde muss Ihnen auf Anfrage Gelegenheit geben nachzuweisen, dass besondere Umstände ein unabhängiges pädagogisches Gutachten rechtfertigen, die den Kriterien der Behörde nicht entspricht.

### **Wie fordere ich ein unabhängiges pädagogisches Gutachten an?**

Wenn Sie ein unabhängiges Gutachten beantragen, ist es wichtig, die Behörde klar über Ihre Anfrage zu informieren. Die Behörde kann anfragen, warum Sie mit dem Gutachten Ihres Kindes nicht einverstanden sind. Sie können, müssen aber keine Erklärung abgeben.

Wenn Sie ein unabhängiges pädagogisches Gutachten beantragen, muss die öffentliche Behörde Sie unverzüglich darüber informieren, wo ein unabhängiges pädagogisches Gutachten eingeholt werden kann, und Sie über die Kriterien der öffentlichen Stelle für unabhängige pädagogische Gutachten informieren. Sie sind nicht verpflichtet, einen

Gutachter von der Liste der öffentlichen Behörde zu verwenden.

Wenn Sie ein unabhängiges Gutachten oder eine Kostenerstattung für ein unabhängiges Gutachten beantragen, muss die Behörde Ihrem Antrag unverzüglich nachkommen. Die Behörde

muss entweder eine Anhörung über das ordentliche Verfahren beantragen, um nachzuweisen, dass ihr Gutachten für Ihr Kind angemessen ist, oder den Zugang zu einem unabhängigen Gutachten ohne Kosten für Sie sicherstellen.

Wenn die Behörde eine Anhörung über das ordentliche Verfahren einleitet und die endgültige Entscheidung lautet, dass das Gutachten der Behörde angemessen ist, können Sie auf eigene Kosten ein unabhängiges pädagogisches Gutachten einholen.

### **Was passiert mit den Ergebnissen des unabhängigen pädagogischen Gutachtens?**

Wenn Sie ein unabhängiges pädagogisches Gutachten erhalten, müssen die Ergebnisse des Gutachtens vom ECSE-Programm bei jeder Entscheidung in Bezug auf die kostenlose angemessene öffentliche Bildung Ihres Kindes berücksichtigt werden. Die Ergebnisse des Gutachtens können bei einer Anhörung über das ordentliche Verfahren als Beweismittel vorgelegt werden.

## **SCHLICHTUNG VON STREITFRAGEN**

---

### **Was kann ich tun, um eine Meinungsverschiedenheit über das EI- oder ECSE-Programm meines Kindes zu lösen?**

Wenn Sie Bedenken hinsichtlich der EI/ECSE-Dienste Ihres Kindes haben, sollten Sie zunächst mit dem Dienstkoordinator Ihres Kindes oder einem EI/ECSE-Programmadministrator sprechen. Am besten werden Bedenken sofort angesprochen, damit so schnell wie möglich Maßnahmen ergriffen werden können, um die Zusammenarbeit zwischen Ihnen, dem Personal und Ihrem Kind zu fördern. Wenn die Bedenken nicht ausgeräumt werden, können Sie eine Schlichtung beantragen, eine Beschwerde einreichen oder eine Anhörung über das ordentliche Verfahren durch ODE beantragen.

### **Was ist eine Schlichtung?**

Schlichtung ist eine besondere Art von Treffen, um Ihnen und dem EI/ECSE-Programm Ihres Kindes zu helfen, eine Einigung über Ihre Bedenken zu erzielen. Schlichtung ist freiwillig, vertraulich und informell. Entweder Sie oder ein Vertreter des Programms können eine Schlichtung beantragen, aber Sie müssen beide zustimmen, eine Schlichtung anzugehen, bevor die Schlichtung angesetzt wird. Das ODE trägt die Kosten des Schlichtungsverfahrens.

Die Person, die die Schlichtung leitet, wird Mediator genannt. Ein Mediator ist eine neutrale Person, die in Strategien geschult ist, um Menschen bei der Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten über schwierige Themen zu unterstützen. Der Mediator darf kein persönliches oder berufliches Interesse haben, das seiner Objektivität entgegensteht. Wenn Sie und Ihr Programm einer Schlichtung zustimmen, wählen Sie und das Programm einen Mediator aus einer von ODE bereitgestellten Liste qualifizierter Mediatoren aus. Der Mediator arbeitet nicht für Sie, das Programm oder ODE. (Ein Mediator wird nicht als Mitarbeiter von ODE betrachtet, nur weil ODE den Mediator für die Durchführung der Mediation bezahlt.)

Schlichtung darf nicht verwendet werden, um Ihr Recht auf eine Anhörung über das ordentliche Verfahren zu verweigern oder zu verzögern oder um andere Rechte, die Sie im Rahmen der IDEA haben, zu verweigern.

Schlichtungsgespräche sind vertraulich und dürfen nicht als Beweismittel in einer

Anhörung oder vor Gericht verwendet werden.

**Wann ist Schlichtung möglich?**

Schlichtung ist über ODE verfügbar, um es Ihnen und dem EI/ECSE-Programm zu ermöglichen, Meinungsverschiedenheiten im Zusammenhang mit Angelegenheiten im Rahmen der IDEA zu schlichten, einschließlich Angelegenheiten, die vor der Einreichung eines Antrags auf eine Anhörung über das ordentliche Verfahren entstehen. Die Schlichtung steht für die Beilegung von Streitigkeiten im

Rahmen des IDEA zur Verfügung, unabhängig davon, ob Sie eine Anhörung über das ordentliche Verfahren beantragt oder eine Beschwerde über sonderpädagogische Förderung eingereicht haben oder nicht.

Jedes Treffen im Schlichtungsprozess muss rechtzeitig geplant und an einem Ort abgehalten werden, der für Sie und das EI/ECSE-Programm geeignet ist.

### **Wie beantrage ich eine Schlichtung?**

Sie können sich unter (503) 947-5797 an den ODE-Schlichtungskordinator wenden. Sie können auch das bei ODE erhältliche Schlichtungsantragsformular verwenden. Siehe Ressourcen.

### **Muss ich einer Schlichtung zustimmen?**

Nein. Die Schlichtung ist freiwillig. Das ODE empfiehlt das Schlichtungsverfahren, aber Sie sind nicht verpflichtet, eine Schlichtung zu beantragen, bevor einer Anhörung über das ordentliche Verfahren, bevor Sie eine Beschwerde einreichen oder bevor eines der in dieser Broschüre beschriebenen Rechte in Anspruch nehmen. Wenn Sie sich bezüglich der Schlichtung nicht sicher sind, bietet ODE Ihnen möglicherweise die Möglichkeit, sich mit einer neutralen Person zu treffen, die Ihnen die Vorteile der Schlichtung erläutern kann.

### **Was passiert, wenn in der Schlichtung eine Einigung erzielt wird?**

Wenn Sie und das EI/ECSE-Programm eine Streitigkeit durch Schlichtung beilegen, müssen beide Parteien eine rechtsverbindliche Vereinbarung treffen, in der die Lösung festgelegt ist und die:

1. erklärt, dass alle Diskussionen, die während des Schlichtungsverfahrens stattgefunden haben, vertraulich bleiben und nicht als Beweismittel in einer Anhörung über das ordentliche Verfahren oder Gerichtsverfahren verwendet werden dürfen; **und**,
2. die sowohl von Ihnen als auch von einem Vertreter des EI/ECSE-Programms unterzeichnet ist, der befugt ist, das Programm an die Vereinbarung zu binden.

Eine schriftliche, unterzeichnete Schlichtungsvereinbarung ist vor jedem staatlichen Gericht durchsetzbar, das nach staatlichem Recht befugt ist, diese Art von Fall zu verhandeln, oder vor einem Bundesbezirksgericht.

### **Welche Möglichkeiten gibt es neben der Schlichtung zur Beilegung von EI/ECSE-Streitigkeiten und wie unterscheiden sie sich?**

Die IDEA-Verordnungen sehen zwei weitere Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten vor: Staatliche Beschwerden, manchmal auch Beschwerden über Sonderpädagogik genannt, und Anhörungen über das ordentliche Verfahren. Wie im Folgenden erläutert, kann jede Einzelperson oder Organisation eine staatliche Beschwerde einreichen, in der ein Verstoß gegen eine IDEA-Vorschrift durch ein EI/ECSE-Programm, einen Schulbezirk, das ODE oder eine andere öffentliche Behörde geltend gemacht wird.

### **Was ist eine Sonderschulbeschwerde?**

Eine staatliche Beschwerde ist eine schriftliche, unterschriebene Erklärung, die eine mögliche Verletzung von IDEA durch Ihr EI/ECSE-Programm beschreibt. Darin bitten Sie ODE, das Problem zu untersuchen und zu lösen.



Eine Beschwerdeuntersuchung ist eine informelle, objektive Überprüfung Ihrer Bedenken durch ODE. Für diese Untersuchung entstehen Ihnen keine Kosten und es ist kein Anwalt erforderlich.

**Wie sind die Fristen für die Einreichung einer Beschwerde bei ODE?**

Beschwerden müssen sich auf einen Verstoß innerhalb der letzten 12 Monate vor Einreichung der Beschwerde bei ODE beziehen.

**Was muss eine Beschwerde beinhalten?**

Die Beschwerde muss beinhalten:

1. eine Erklärung, dass das EI/ECSE-Programm, der Schulbezirk oder eine andere öffentliche Behörde gegen eine Anforderung der IDEA oder ihrer Vorschriften verstoßen hat;
2. die Tatsachen, auf denen die Aussage basiert;
3. die Unterschrift und Kontaktinformationen des Beschwerdeführers (der sich beschwerenden Person oder Stelle); **und**,
4. wenn Sie Verstöße gegen ein bestimmtes Kind geltend machen:
  - (a) der Name des Kindes und Anschrift des Wohnsitzes des Kindes;
  - (b) der Name des EI/ECSE-Programms, an dem das Kind teilnimmt;
  - (c) im Falle eines obdachlosen Kindes oder Jugendlichen: verfügbare Kontaktinformationen für das Kind und den Namen der Schule oder des Programms, das das Kind besucht;
  - (d) eine Beschreibung der Art des Problems, einschließlich Fakten zum Problem; **und**,
  - (e) einen Lösungsvorschlag zum Problem, soweit bekannt und der Partei, die die Beschwerde einreicht, zum Zeitpunkt der Beschwerdeeinreichung zur Verfügung steht.

Sie können das ODE-Beschwerdeformular für diese Informationen verwenden:

<http://www.ode.state.or.us/search/page/?id=1219>.

Schriftliche Beschwerden richten Sie bitte an:

Stellvertretender Superintendent des  
öffentlichen Unterrichts  
Bildungsministerium von Oregon  
255 Capitol Street NE  
Salem, OR 97310

Zuhanden von: Studenten Services

Die Partei, die die Beschwerde einreicht, muss gleichzeitig mit der Einreichung der Beschwerde bei ODE eine Kopie der Beschwerde an das EI/ECSE-Programm oder eine andere öffentliche Behörde, die dem Kind dient, weiterleiten.

### **Was passiert, nachdem ich die schriftliche Sonderschulbeschwerde an ODE gesendet habe?**

ODE wird sich umgehend mit Ihnen und dem Programm in Verbindung setzen, um Optionen zur Beschwerdelösung, einschließlich Schlichtung, zu besprechen. Das ODE wird auch angeben, welchen Beschuldigungen es nachgehen kann.

### **Welche Fristen hat ODE für die Lösung einer Beschwerde?**

Wenn Sie eine solche schriftliche Beschwerde einreichen, muss ODE innerhalb von 60 Tagen alle Untersuchungen abschließen und eine schriftliche Anordnung senden.

Diese Frist kann aufgrund außergewöhnlicher Umstände im Zusammenhang mit der Beschwerde verlängert werden. Die Frist kann auch verlängert werden, wenn die Eltern

und das EI/ECSE-Programm freiwillig vereinbaren, die Zeit für den Versuch einer Schlichtung oder einer lokalen Lösung zu verlängern.

Innerhalb dieser Frist muss das ODE:

1. eine unabhängige Vor-Ort-Untersuchung durchführen, wenn ODE feststellt, dass eine Untersuchung erforderlich ist;

2. dem Beschwerdeführer die Möglichkeit geben, mündlich oder schriftlich zusätzliche Informationen zu den in der Beschwerde erhobenen Vorwürfen vorzulegen;
3. dem EI/ECSE-Programm oder einer anderen öffentlichen Behörde die Gelegenheit geben, auf die Beschwerde zu antworten, was mindestens Folgendes beinhaltet (a) nach Wahl der Behörde einen Vorschlag zur Lösung der Beschwerde; **und** (b) eine Gelegenheit für einen Elternteil, der eine Beschwerde eingereicht hat, und die Behörde, sich freiwillig bereit zu erklären, eine Schlichtung anzugehen;
4. alle relevanten Informationen und unabhängige Feststellung überprüfen, ob der Schulbezirk oder eine andere öffentliche Behörde gegen eine Anforderung des IDEA verstößt; **und**,
5. eine schriftliche Entscheidung erlassen, die jeden Vorwurf in der Beschwerde behandelt, mit (a) Tatsachenfeststellungen und Schlussfolgerungen; **und** (b) die Gründe für die endgültige Entscheidung von ODE.

### **Was ist eine schriftliche Anordnung?**

Eine schriftliche Anordnung umfasst die Tatsachenfeststellungen zu den Vorwürfen, Schlussfolgerungen, Diskussionen und angeordnete Abhilfemaßnahmen.

Die endgültige Anordnung identifiziert Sie oder Ihr Kind nicht namentlich. Die endgültige Anordnung ist eine öffentliche Aufzeichnung. Eine rechtskräftige Anordnung einer Beschwerde gilt nach staatlichem Recht als unanfechtbar Fall.

Wenn Sie mit der endgültigen Anordnung unzufrieden sind, können Sie innerhalb von 60 Tagen beim Marion County Circuit Court oder beim Circuit Court des Bezirks, in dem Sie leben, Berufung einlegen.

Die Beschwerdeanordnung hindert die Eltern nicht daran, eine Anhörung über das ordentliche Verfahren wegen derselben Verstöße zu beantragen.

### **Was muss als Abhilfemaßnahme vorgesehen sein?**

Bei der Lösung einer staatlichen Beschwerde, bei der das ODE festgestellt hat, dass angemessene Dienstleistungen nicht erbracht wurden, muss das ODE auf Folgendes eingehen:

1. das Versäumnis, angemessene Dienstleistungen bereitzustellen, einschließlich Korrekturmaßnahmen, die angemessen sind, um den Bedürfnissen des Kindes gerecht zu werden; **und**,
2. angemessene zukünftige Bereitstellung von Dienstleistungen für alle Kinder mit Behinderungen.

Die endgültige Anordnung muss Verfahren für die wirksame Umsetzung der endgültigen Entscheidung des ODE enthalten, falls erforderlich, einschließlich: (a) Maßnahmen der technischen Hilfe; (b) Verhandlungen; **und** (c) Abhilfemaßnahmen zur Einhaltung der Vorschriften.

Sie oder das EI/ECSE-Programm können einen Antrag auf eine Anhörung über das ordentliche Verfahren zu allen Angelegenheiten im Zusammenhang mit einem Vorschlag oder einer Ablehnung stellen, die Identifizierung, Bewertung oder

Bildungsplatzierung Ihres Kindes oder die Bereitstellung von Frühförderungsdiensten für ein Kind von Geburt an einzuleiten oder zu ändern bis zum Alter von drei Jahren oder eine kostenlose angemessene öffentliche Bildung (FAPE) für ein Kind im Alter von drei bis fünf Jahren.

Die Mitarbeiter des ODE müssen innerhalb einer Frist von 60 Kalendertagen über eine staatliche Beschwerde entscheiden und eine endgültige Verfügung erlassen, sofern die Frist nicht ordnungsgemäß verlängert wird.

Ein unparteiischer Anhörungsbeauftragter (ein sogenannter Verwaltungsrichter oder ALJ) muss eine Anhörung über das ordentliche Verfahren durchführen (falls dies nicht durch ein Schlichtungsgespräch oder eine Schlichtung gelöst wird) und innerhalb von 45 Kalendertagen nach dem Ende der Schlichtungsfrist eine schriftliche Entscheidung treffen Zeitraum, es sei denn, der ALJ gewährt auf Ihre Anfrage oder die Anfrage des Programms eine spezifische Verlängerung der Frist.

### **Was passiert, wenn ich eine Beschwerde einreiche und gleichzeitig eine Anhörung über das ordentliche Verfahren beantrage?**

Wenn eine schriftliche staatliche Beschwerde eingeht, die auch Gegenstand eines Antrags zur Anhörung über das ordentliche Verfahren ist, oder die Beschwerde mehrere Themen enthält, von denen einer oder mehrere Teil eines Anhörungsantrags sind, muss ODE die Beschwerde oder einen Teil der Beschwerde beiseitelegen das in der Anhörung über das ordentliche Verfahren behandelt wird, bis die Anhörung beendet ist. Alle Probleme in der Beschwerde, die nicht Teil der Anhörung über das ordentliche Verfahren sind, müssen unter Einhaltung der oben beschriebenen Fristen und Verfahren gelöst werden.

Wenn ein in einer Beschwerde angesprochenes Problem zuvor in einer Anhörung über das ordentliche Verfahren entschieden wurde, an der dieselben Parteien (die Eltern und der Schulbezirk) beteiligt waren, ist die Entscheidung der Anhörung über das ordentliche Verfahren in Bezug auf diese Angelegenheit bindend, und das ODE muss den Beschwerdeführer darüber informieren, dass die getroffene Entscheidung bindend ist.

Eine Beschwerde, in der behauptet wird, dass ein EI/ECSE-Programm, ein Schulbezirk oder eine andere öffentliche Behörde eine Entscheidung im Rahmen einer Anhörung über das ordentliche Verfahren nicht umgesetzt hat, muss von der ODE gelöst werden.

### **Was ist eine Anhörung über das ordentliche Verfahren?**

Eine Anhörung über das ordentliche Verfahren ist ein förmliches Gerichtsverfahren vor einem Verwaltungsrichter (ALJ), der über Tatsachen- und Rechtsfragen entscheidet. Der ALJ erstellt ein schriftliches, endgültiges und verbindliches Gutachten.

### **Wann kann ich eine Anhörung über das ordentliche Verfahren beantragen?**

Sie können eine Anhörung über das ordentliche Verfahren beantragen, wenn Sie mit der Identifizierung, Bewertung und Platzierung oder anderen Aspekten in Bezug auf die EI-Dienste Ihres Kindes und für ECSE, kostenlose angemessene öffentliche Bildung, nicht einverstanden sind. Sie können eine „beschleunigte“ Anhörung über das ordentliche Verfahren beantragen, wie im *Abschnitt „Disziplinierung“* beschrieben.

### **Was ist der Zeitplan für die Beantragung einer Anhörung über das ordentliche Verfahren?**

Eine Anhörung über das ordentliche Verfahren muss innerhalb von zwei Jahren nach dem Datum beantragt werden, an dem Sie von der Handlung oder Unterlassung wussten oder hätten wissen müssen, die zu dem Anhörungsantrag geführt hat.

Diese zweijährige Frist gilt nicht, wenn Sie daran gehindert wurden, eine Anhörung zu beantragen, weil:

- das EI/ECSE-Programm Ihnen fälschlicherweise mitgeteilt hat, dass es das Problem gelöst hat; **oder**,
- das EI/ECSE-Programm Ihnen nicht die Informationen gegeben hat, zu denen das Programm verpflichtet war.

### **Wie beantrage ich eine Anhörung über das ordentliche Verfahren?**

Sie (oder Ihr Anwalt, falls Sie vertreten werden) oder das EI/ECSE-Programm (oder der Anwalt des Programms) müssen einen schriftlichen Antrag auf eine Anhörung an ODE und die andere Partei richten. Ihr Anhörungsantrag muss Folgendes enthalten:

- Ihren Namen und Ihre Adresse (oder Kontaktinformationen, falls Sie keine Adresse haben) und den Namen des EI/ECSE-Programms Ihres Kindes;
- Eine Beschreibung der Art des Problems im Zusammenhang mit dem Anhörungsantrag, einschließlich spezifischer Fakten; **und**,
- Ihre Vorschläge, um die Meinungsverschiedenheit zu lösen.

Ein Musterformular für die Beantragung einer Anhörung über das ordentliche Verfahren ist bei ODE erhältlich. (Siehe Ressourcen am Ende der Broschüre.) Sie können die Musterformulare von ODE oder ein anderes geeignetes Formular oder Dokument verwenden, sofern es die erforderlichen Informationen für die Einreichung eines Antrags auf eine Anhörung über das ordentliche Verfahren enthält.

Eine Anhörung über das ordentliche Verfahren kann erst dann stattfinden, wenn Sie oder das EI/ECSE-Programm (oder Ihr Anwalt oder der Anwalt des EI/ECSE-Programms) einen Antrag auf eine Anhörung über das ordentliche Verfahren stellen, der diese Informationen enthält.

Der Abschnitt über die Verfahrensgarantien in den Bundesvorschriften zu Teil B des IDEA [34 CFR 300.500 bis 300.536] hindert Sie nicht daran, einen separaten Antrag auf eine Anhörung über das ordentliche Verfahren zu einem Thema zu stellen, das sich von einem bereits gestellten Antrag auf eine Anhörung über das ordentliche Verfahren unterscheidet.

### **Wann kann die Behörde eine Anhörung über das ordentliche Verfahren beantragen?**

Für ECSE: Eine öffentliche Behörde kann eine Anhörung über das ordentliche Verfahren verlangen, wenn ein Elternteil die Zustimmung zu einer Erstbewertung oder Neubewertung verweigert, oder, für ECSE, um nachzuweisen, dass die öffentliche Behörde ein angemessenes Gutachten durchgeführt oder eine kostenlose angemessene öffentliche Bildung angeboten hat. Eine öffentliche Behörde darf keine Anhörung über das ordentliche Verfahren verlangen, um die Verweigerung der Zustimmung der Eltern für die Erstunterbringung in ECSE oder für EI-Dienstleistungen außer Kraft zu setzen.

### **Was passiert, nachdem eine Anhörung über das ordentliche Verfahren beantragt wurde?**

Wenn Sie eine Anhörung beantragen, wird ODE Ihnen eine Kopie dieser Mitteilung über Verfahrensgarantien zusenden, Sie darüber informieren, dass das Schlichtungsverfahren kostenlos zur Verfügung steht, und Sie über kostenlose oder kostengünstige Rechtsberatung informieren. Das Büro für administrative Anhörungen wird einen ALJ ernennen, der die Anhörung durchführt. Der ALJ wird sich mit Ihnen in Verbindung setzen, um eine Voranhörungskonferenz zu vereinbaren.

Wenn das EI/ECSE-Programm den Anhörungsantrag gestellt hat, haben Sie ab Erhalt dieses Antrags 15 Tage Zeit, um den ALJ über Probleme mit dieser Mitteilung zu informieren. Wenn Sie die Anhörung beantragt haben, hat das Programm ebenfalls 15 Tage Zeit, um den ALJ über Probleme mit Ihrer Benachrichtigung zu informieren. Der ALJ hat 5 Tage Zeit, um zu entscheiden, ob die Mitteilung den Regeln entspricht, und muss Sie und das Programm unverzüglich schriftlich über diese Entscheidung informieren.

Sie können eventuelle Probleme mit Ihrem Anhörungsantrag beheben, indem Sie einen neuen Antrag stellen, wenn:

- das EI/ECSE schriftlich zustimmt; **oder**,
- Der ALJ stimmt zu und es sind mehr als 5 Tage bis zur Anhörung.

durch das Senden eines weiteren Antrags auf eine Anhörung werden die Fristen



für den Abschluss einer Anhörung über das ordentliche Verfahren neu gestartet.

Die Partei, die die Anhörung beantragt, darf in der Anhörung keine Frage aufwerfen, die nicht im Anhörungsantrag angegeben wurde, es sei denn, die andere Partei stimmt zu.

Wenn das EI/ECSE-Programm Sie noch nicht schriftlich über EI/ECSE-Maßnahmen in Bezug auf die Probleme in Ihrem Anhörungsantrag informiert hat, hat das EI/ECSE-Programm ab Erhalt Ihres Anhörungsantrags 10 Tage Zeit, um Ihnen diese Benachrichtigung zuzusenden.

1. Eine Erklärung, warum das EI/ECSE-Programm die in der Beschwerde über das ordentliche Verfahren erhobenen Maßnahmen vorgeschlagen oder abgelehnt hat;

2. Eine Beschreibung anderer Optionen, die das Team des individualisierten Familienserviceplans (IFSP) Ihres Kindes in Betracht gezogen hat, und die Gründe, warum diese Optionen abgelehnt wurden;
3. Eine Beschreibung aller Gutachtensverfahren, Bewertungen, Unterlagen oder Berichte des EI/ECSE-Programms, das als Grundlage für die vorgeschlagene oder abgelehnte Maßnahme verwendet wurde; **und**,
4. Eine Beschreibung der anderen Faktoren, die für die vorgeschlagene oder abgelehnte Maßnahme des EI/ECSE-Programms relevant sind.

Die Bereitstellung der Informationen in den Punkten 1-4 oben hindert das EI/ECSE-Programm nicht daran, festzustellen, dass Ihr Antrag auf eine Anhörung über das ordentliche Verfahren unzureichend war. Andernfalls hat das Programm ab Erhalt Ihres Anhörungsantrags 10 Tage Zeit, um Ihnen eine Antwort zu senden, die speziell auf die Probleme in Ihrem Anhörungsantrag eingeht.

Sie und andere Mitglieder des IEP-Teams müssen sich innerhalb von 15 Tagen nach einer Anhörungsanfrage zu einer „Lösungssitzung“ treffen.

### **Was ist eine Lösungssitzung?**

Eine Lösungssitzung ist ein Treffen zur Lösung des Problems im Zusammenhang mit dem EI/ECSE-Programm Ihres Kindes. An dem Treffen müssen Sie, Mitglieder des IFSP-Teams, die über das Problem Bescheid wissen, und ein EI/ECSE-Vertreter teilnehmen, der befugt ist, Entscheidungen für das Programm zu treffen. Das Programm darf keinen Anwalt haben, es sei denn, Sie bringen einen Anwalt mit. Eine Lösungssitzung ist erforderlich, es sei denn, Sie und das Programm vereinbaren schriftlich, auf dieses Treffen zu verzichten, oder Sie und das Programm vereinbaren, stattdessen eine Schlichtung anzugehen.

Wenn Sie und die Programmverantwortlichen in der Lösungssitzung eine Einigung erzielen, unterzeichnen Sie und die Programmverantwortlichen eine schriftliche Vereinbarung, in der alle getroffenen Vereinbarungen aufgeführt sind. Diese Vereinbarung ist wie eine Schlichtungsvereinbarung rechtsverbindlich und vor Gericht durchsetzbar. Sie oder die Programmverantwortlichen können diese Vereinbarung kündigen, indem Sie der anderen Partei innerhalb von drei Werktagen nach Unterzeichnung eine schriftliche Erklärung zukommen lassen.

### **Wie ist der Zeitplan für die Anhörung?**

Wenn das Problem innerhalb der Schlichtungsfrist nicht zu Ihrer Zufriedenheit gelöst wurde, beginnt die Frist für die Anhörung über das ordentliche Verfahren. Die Anhörung und eine endgültige Anordnung müssen innerhalb von 45 Tagen nach Ende der Schlichtungsfrist abgeschlossen werden. Der ALJ kann mehr Zeit gewähren, wenn Sie oder das Programm um mehr Zeit bitten.

### **Unter welchen Umständen kann die 30-tägige Schlichtungsfrist verkürzt oder verlängert werden?**

Außer wenn Sie und das EI/ECSE-Programm vereinbart haben, auf das Schlichtungsgespräch oder eine Schlichtung zu verzichten, verzögert Ihre Nichtteilnahme an dem Schlichtungsgespräch die Zeitpläne für das Schlichtungsverfahren und die Anhörung über das ordentliche Verfahren, bis Sie sich bereit erklären, an einem Schlichtungsgespräch teilzunehmen.

Wenn das EI/ECSE-Programm trotz angemessener und dokumentierter Bemühungen nicht in der Lage ist, Ihre Teilnahme an dem Schlichtungsgespräch zu erreichen, kann das EI/ECSE-Programm nach Ablauf der 30-Kalendertage-Schlichtungsfrist beantragen, dass der ALJ Ihren Antrag auf eine Anhörung über das ordentliche Verfahren abweist. Die Dokumentation der Bemühungen des Distrikts muss eine Aufzeichnung der Versuche beinhalten, einen gemeinsam vereinbarten Zeitpunkt und Ort zu vereinbaren, wie zum Beispiel:

1. Detaillierte Unterlagen über getätigte oder versuchte Telefonanrufe und die Ergebnisse dieser Anrufe;

2. Kopien der an Sie gesendeten Korrespondenz und aller erhaltenen Antworten; **und**,
3. Detaillierte Unterlagen über Besuche bei Ihnen zu Hause oder an Ihrem Arbeitsplatz und die Ergebnisse dieser Besuche.

Wenn das EI/ECSE-Programm das Schlichtungsgespräch nicht innerhalb von 15 Kalendertagen nach Erhalt der Benachrichtigung über Ihren Antrag auf eine Anhörung über das ordentliche Verfahren abhält **oder** nicht an dem Schlichtungsgespräch teilnimmt, können Sie den ALJ bitten, den Beginn der 45-Kalendertage-Frist für ein ordnungsgemäßes Anhörungsverfahren anzuordnen.

Wenn Sie und das EI/ECSE-Programm schriftlich vereinbaren, auf das Schlichtungsgespräch zu verzichten, beginnt die Frist von 45 Kalendertagen für die Anhörung über das ordentliche Verfahren am nächsten Tag.

Wenn Sie und das EI/ECSE-Programm nach Beginn der Schlichtung oder des Schlichtungsgesprächs und vor dem Ende der 30-Kalendertage-Schlichtungsfrist schriftlich vereinbaren, dass keine Einigung möglich ist, dann beginnt die 45-Kalendertage-Frist für die Anhörung über das ordentliche Verfahren am nächsten Tag.

Wenn Sie und das EI/ECSE-Programm sich auf eine Schlichtung einigen, können beide Parteien nach Ablauf der 30-Kalendertage-Schlichtungsfrist schriftlich vereinbaren, das Schlichtungsverfahren fortzusetzen, bis eine Einigung erzielt wird. Wenn sich jedoch entweder Sie oder das EI/ECSE-Programm vom Schlichtungsverfahren zurückziehen, beginnt die Frist von 45 Kalendertagen für die Anhörung über das ordentliche Verfahren am nächsten Tag.

### **Was sind die Qualifikationen für ALJs?**

Mindestvoraussetzungen für ALJ's:

1. Darf kein Mitarbeiter von ODE oder dem EI/ECSE-Programm sein, das an der Erziehung oder Betreuung des Kindes beteiligt ist. Eine Person ist nicht allein deshalb ein Mitarbeiter von ODE, weil sie von ODE für ihre Tätigkeit als ALJ bezahlt wird;
2. Darf kein persönliches oder berufliches Interesse haben, das die Objektivität des ALJ bei der Anhörung beeinträchtigt;
3. Muss sachkundig sein und die Bestimmungen des IDEA und die Bundes- und Landesvorschriften in Bezug auf den IDEA sowie die rechtlichen Auslegungen des IDEA durch Bundes- und Landesgerichte verstehen; **und**
4. Muss über das Wissen und die Fähigkeit verfügen, Anhörungen durchzuführen und Entscheidungen zu treffen und zu verfassen, die der angemessenen Standardrechtspraxis entsprechen.

Das ODE führt eine Liste der Personen, die als ALJs tätig sind, sowie eine Erklärung zu den Qualifikationen der einzelnen Personen.

### **Was sind meine Anhörungsrechte?**

Ihre Rechte bezüglich einer Anhörung über das ordentliche Verfahren umfassen:

- das Recht, einen Anwalt hinzuzuziehen, der Sie beraten kann;

- das Recht, eine oder mehrere Personen mitzubringen, die über besondere Kenntnisse oder Ausbildungen in Bezug auf Kinder mit Behinderungen verfügen;
- das Recht, dass Ihr Kind während des Anhörungs- und Berufungsverfahrens an dem aktuellen EI/ECSE-Schulort bleibt, es sei denn:

- Sie und das Programm stimmen einem anderen Schulort zu;
- Ihr Kind beantragt die Erstaufnahme in das Programm und Sie stimmen dem Schulort Ihres Kindes im Programm zu;
- Ihr Kind wird wegen eines Verhaltens, das nicht auf eine Behinderung des Kindes zurückzuführen ist, suspendiert oder von der Schule verwiesen und in einer alternativen Bildungseinrichtung untergebracht;
- Ihr Kind wird im Rahmen des Programms für bis zu 45 Tage wegen eines Waffen- oder Drogenvergehens oder wegen schwerer Körperverletzung einer anderen Person in eine vorläufige Unterbringung gebracht; **oder**,
- Ihr Kind wird wegen der erheblichen Wahrscheinlichkeit eines verletzenden Verhaltens von einem ALJ für bis zu 45 Tage in einen vorläufigen Schulort gebracht;
- das Recht, schriftliche und mündliche Beweise vorzulegen und Zeugen zu befragen, einem Kreuzverhör zu unterziehen und die Anwesenheit von Zeugen zu verlangen;
- das Recht, mindestens fünf Werktage vor der Anhörung über die vom Distrikt oder Programm bis zu diesem Datum abgeschlossenen Gutachten und Empfehlungen auf der Grundlage dieser Gutachten informiert zu werden, die sie bei der Anhörung verwenden möchten;
- das Recht, dass Ihr Kind bei der Anhörung anwesend ist;
- das Recht, die Anhörung unter Ausschluss der Öffentlichkeit oder öffentlich abzuhalten;
- das Recht, die Vorlage von Beweismitteln bei der Anhörung zu verbieten, die Ihnen nicht mindestens fünf Werktage vor der Anhörung mitgeteilt wurden. Der ALJ kann die Vorlage von Beweismitteln, die fünf Geschäftstage vor der Anhörung nicht offengelegt wurden, ohne Zustimmung der anderen Partei verbieten;
- das Recht auf eine kostenlose schriftliche oder, nach Ihrer Wahl, elektronische wörtliche Aufzeichnung der Anhörung innerhalb einer angemessenen Frist nach Abschluss der Anhörung; **und**,
- das Recht auf eine kostenlose schriftliche oder, nach Ihrer Wahl, elektronische Kopie der Anhörungsentscheidung.

Jede Anhörung muss zu einem Zeitpunkt und an einem Ort durchgeführt werden, der für Sie und Ihr Kind angemessen ist.

### **Was ist die Grundlage für die Entscheidung des ALJ?**

Die Entscheidung eines ALJ darüber, ob Ihr Kind eine kostenlose angemessene öffentliche Bildung (FAPE) erhalten hat, muss auf materiellen Gründen beruhen. In Fällen, in denen ein Verfahrensverstöß behauptet wird, kann ein ALJ nur dann feststellen, dass Ihr Kind kein FAPE erhalten hat, wenn die Verfahrensmängel:

1. das Recht Ihres Kindes auf eine kostenlose, angemessene öffentliche Bildung (FAPE) beeinträchtigt haben;
2. ihre Teilnahme am Entscheidungsfindungsprozess bezüglich der Bereitstellung einer kostenlosen angemessenen öffentlichen Bildung (FAPE) für Ihr Kind

erheblich beeinträchtigt haben; oder

3. den Entzug einer Bildungsleistung verursacht haben.

Diese Regel hindert einen ALJ nicht daran, ein EI/ECSE-Programm anzuordnen, um die Anforderungen im Abschnitt über Verfahrensgarantien des IDEA (34 CFR 300.500 bis 300.536) (OAR 581-015-2300 bis 2385) zu erfüllen.

### **Sonderregel für ECSE:**

Teil B des IDEA schränkt die Rechte, Verfahren und Rechtsbehelfe, die gemäß der US-Verfassung, dem Americans with Disabilities Act von 1990, Titel V des Rehabilitation Act von 1973 (Abschnitt 504) oder anderen Bundesgesetzen zum Schutz der Rechte von Kindern mit Behinderungen zur Verfügung stehen, in keiner Weise ein, mit der Ausnahme, dass vor der Einreichung einer Zivilklage gemäß diesen Gesetzen, mit der Rechtsbehelfe angestrebt werden, die auch gemäß Teil B des IDEA zur Verfügung stehen, die oben beschriebenen ordnungsgemäßen Verfahren im gleichen Umfang ausgeschöpft werden müssen, wie dies erforderlich wäre, wenn die Partei die Klage gemäß Teil B des IDEA eingereicht hätte.

Dies bedeutet, dass Ihnen möglicherweise Rechtsbehelfe nach anderen Gesetzen zur Verfügung stehen, die sich mit denen von IDEA überschneiden, aber im Allgemeinen müssen Sie, um nach diesen anderen Gesetzen Abhilfe zu schaffen, zuerst die verfügbaren verwaltungsrechtlichen Rechtsbehelfe nach IDEA nutzen (d. h. die Beschwerde über das ordentliche Verfahren; Schlichtungsgespräch, und unparteiische, Anhörung über das ordentlichen Verfahren), bevor Sie direkt vor Gericht gehen.

Die endgültige Anordnung wird dem State Interagency Coordinating Council und dem State Advisory Council for Special Education vorgelegt. Die endgültige Anordnung identifiziert Sie oder Ihr Kind nicht namentlich. Es ist eine öffentliche Aufzeichnung.

### **Was kann ich tun, wenn ich mit der Anhörungsentscheidung nicht einverstanden bin?**

Eine Anhörungsentscheidung ist endgültig, außer dass eine unterlegene Partei innerhalb von 90 Tagen nach der endgültigen Anordnung eine Zivilklage vor Gericht erheben kann. Wenn Sie eine Zivilklage vor einem Bundes- oder Landesgericht einreichen, muss das Gericht:

- das Protokoll der Anhörung erhalten;
- auf Antrag einer Partei zusätzliche Beweise erheben;
- seine Entscheidung auf das Überwiegen der Beweise stützen; und,
- Rechtsbehelfe gewähren, die das Gericht für angemessen hält.

### **Wann kann ein Gericht die Erstattung von Anwaltskosten anordnen? (nur ECSE)**

Ein Gericht kann von dem ODE verlangen, Ihnen Ihre angemessenen Anwaltsgebühren zu erstatten, wenn Sie in der Anhörung über das ordentliche Verfahren obsiegen.

Ein Gericht kann verlangen, dass Ihr Anwalt die Kosten für den Anwalt des EI/ECSE-Programms übernimmt, wenn Ihre Klage „leichtfertig, unangemessen oder unbegründet“ ist. Ein Gericht kann von Ihnen oder Ihrem Anwalt verlangen, die Kosten für den Anwalt des Programms zu übernehmen, wenn Ihre Forderung „zu einem unangemessenen Zweck“ vorgebracht wurde, z. B. um zu schikanieren oder um die



Kosten des Rechtsstreits ohne Grund zu verzögern oder zu erhöhen.

### **Wie bestimmt das Gericht angemessene Anwaltskosten?**

Ein Gericht spricht angemessene Anwaltskosten wie folgt zu:

1. Die Gebühren müssen sich nach den Sätzen richten, die in der Gemeinde, in der die Klage oder das Verfahren entstanden ist, für die Art und Qualität der erbrachten Leistungen gelten. Bei der Berechnung der gewährten Gebühren darf kein Bonus oder Multiplikator verwendet werden.

2. Honorare und damit zusammenhängende Kosten können in Klagen oder Verfahren gemäß Teil B des IDEA nicht für Leistungen erstattet werden, die erbracht wurden, nachdem Ihnen ein schriftliches Vergleichsangebot unterbreitet wurde, wenn:
  - a. wenn das Angebot innerhalb der in Rule 68 der Federal Rules of Civil Procedure vorgeschriebenen Frist oder, im Falle einer Anhörung über das ordentliche Verfahren, zu einem Zeitpunkt von mehr als 10 Kalendertagen vor Beginn des Verfahrens unterbreitet wird;
  - b. das Angebot nicht innerhalb von 10 Kalendertagen angenommen wird; **und**
  - c. das Gericht feststellt, dass die von Ihnen letztendlich erwirkte Entschädigung für Sie nicht vorteilhafter ist als das Vergleichsangebot.
3. Trotz dieser Einschränkungen können Ihnen Anwaltskosten und damit verbundene Kosten zuerkannt werden, wenn Sie sich durchsetzen und Sie das Vergleichsangebot im Wesentlichen gerechtfertigt abgelehnt haben.
4. Für IFSP-Meetings dürfen keine Gebühren zuerkannt werden, es sei denn, das Meeting ist das Ergebnis eines Verwaltungsverfahrens oder eines Gerichtsverfahrens. Auch für die Schlichtung dürfen keine Gebühren zuerkannt werden.

Ein Schlichtungsgespräch gilt nicht als Versammlung, die aufgrund einer Verwaltungsanhörung oder eines Gerichtsverfahrens einberufen wurde, und gilt auch nicht als Verwaltungsanhörung oder Gerichtsverfahren im Sinne dieser Bestimmungen zu Anwaltskosten.

Das Gericht reduziert gegebenenfalls die Höhe der gemäß Teil B von IDEA zuerkannten Anwaltskosten, wenn das Gericht feststellt, dass:

1. Sie oder Ihr Anwalt haben im Laufe der Klage oder des Verfahrens die endgültige Beilegung des Rechtsstreits unangemessen verzögert;
2. die Höhe der Anwaltskosten, die ansonsten zur Zuerkennung berechtigt sind, übersteigt den in der Gemeinschaft vorherrschenden Stundensatz für ähnliche Dienstleistungen von Anwälten mit angemessen ähnlichen Fähigkeiten, Ansehen und Erfahrung unangemessen;
3. der Zeitaufwand und die erbrachten Rechtsdienstleistungen waren angesichts der Art der Klage oder des Verfahrens übermäßig; **oder**
4. Der Anwalt, der Sie vertritt, hat dem EI/ECSE-Programm nicht die entsprechenden Informationen im Antrag auf ein Anhörung über das ordentliche Verfahren zur Verfügung gestellt.

Das Gericht darf die Gebühren jedoch nicht kürzen, wenn das Gericht feststellt, dass die Behörde die endgültige Entscheidung der Klage oder des Verfahrens unangemessen verzögert hat oder dass ein Verstoß gegen die Verfahrensgarantiebestimmungen von Teil B des IDEA vorliegt.

**Stehen sonderpädagogische Angebote für Kinder zur Verfügung, die von ihren Eltern an einer Privatschule angemeldet werden?**

Ja, im Allgemeinen, aber nicht unbedingt bei jedem Kind. Kinder, die von ihren Eltern an Privatschulen angemeldet werden, können an öffentlich finanzierter Sonderpädagogik und damit verbundenen Dienstleistungen teilnehmen. Bundesgesetze erlauben dem ECSE-Programm, die für diese Dienstleistungen ausgegebenen öffentlichen Mittel zu begrenzen. Wenn Ihr Kind im Rahmen dieser Bestimmung sonderpädagogische Dienstleistungen erhalten soll, wird das Programm gemeinsam mit Ihnen einen Dienstplan erstellen, in dem die für Ihr Kind zu erbringenden

Dienstleistungen beschrieben werden. Dienstleistungen können vor Ort in der Privatschule oder bei einem EI/ECSE-Programm erbracht werden. Wenn die Dienste im Rahmen des EI/ECSE-Programms angeboten werden, muss die öffentliche Behörde den Transport für das Kind anbieten, um Zugang zu diesen Dienstleistungen zu erhalten.

### **Wann ist ein Programm verpflichtet, den Eltern das Schulgeld für eine Privatschule zu erstatten?**

ECSE-Programme sind nicht verpflichtet, die Kosten für die Bildung, einschließlich der frühkindlichen Sonderpädagogik und der damit verbundenen Dienstleistungen, eines Kindes mit einer Behinderung in einer privaten Schule oder Einrichtung zu übernehmen, wenn das Programm dem Kind eine kostenlose angemessene öffentliche Bildung zur Verfügung gestellt hat und die Eltern sich stattdessen dafür entschieden haben, das Kind in einer privaten Schule oder Einrichtung unterzubringen.

Ein Gericht oder ein ALJ kann von einem ECSE-Programm verlangen, dass es Eltern die Kosten eines Privatschulpraktikums erstattet, dass ohne die Zustimmung oder Überweisung des Programms nur dann erfolgt, wenn:

- das Kind ECSE-Dienstleistungen im Rahmen des EI/ECSE-Programms erhielt, bevor es sich an der Privatschule einschrieb;
- das Gericht oder der ALJ feststellt, dass das Programm zu diesem Zeitpunkt dem Kind nicht rechtzeitig eine kostenlose angemessene öffentliche Bildung zur Verfügung gestellt hat; **und**,
- die Privatplatzierung angemessen ist.

Ein ALJ oder Gericht kann den von den Eltern gewählten Schulort für angemessen halten, auch wenn der Schulort nicht den staatlichen Standards für EI/ECSE-Programme entspricht.

### **Wann kann das Gericht die Erstattung an die Eltern kürzen oder verweigern? Mitteilung:**

Das Gericht oder der ALJ können die Erstattung kürzen oder verweigern, wenn die Eltern dem ECSE-Programm nicht mitgeteilt haben, dass sie den vom ECSE-Programm vorgeschlagenen Schulort ablehnen, und ihre Bedenken und ihre Absicht, ihr Kind auf öffentliche Kosten an einer Privatschule anzumelden, zum Ausdruck bringen. Diese Mitteilung muss erfolgen entweder:

- Beim letzten IFSP-Treffen, an dem die Eltern teilgenommen haben, bevor sie das Kind von dem ECSE-Schulort entfernt haben; **oder**,
- Schriftlich an das ECSE-Programm mindestens zehn Werkzeuge, bevor das Kind von dem ECSE-Schulort entfernt wird.

Ein Gericht oder ALJ darf die Erstattung nicht kürzen oder verweigern, wenn ein Elternteil diese Mitteilung nicht getätigt hat, weil:

- eine Mitteilung wahrscheinlich zu einem körperlichen Schaden für das Kind führen würde;
- das EI/ECSE-Programm den Elternteil daran gehindert hat, eine Mitteilung zu machen; **oder**,

- der Elternteil keine Kopie dieser Mitteilung über Verfahrensgarantien erhalten hatte oder anderweitig über diese Mitteilungspflicht informiert wurde.

Ein Gericht oder ALJ darf die Erstattung **nicht** kürzen oder verweigern, wenn ein Elternteil diese Mitteilung nicht getätigt hat, weil:

- der Elternteil nicht lesen oder schreiben kann; **oder**,
- eine Mitteilung dem Kind wahrscheinlich schweren emotionalen Schaden zuführen würde;

**Gutachten;** Das Gericht oder der ALJ kann die Erstattung auch kürzen oder verweigern, wenn der Elternteil das Kind nicht für ein Gutachten durch die öffentliche Behörde zur Verfügung stellt, wenn:

- die öffentliche Behörde ihre Absicht, das Kind zu beurteilen oder neu zu beurteilen, vorher schriftlich mitgeteilt hat;
- der Zweck der in dieser Mitteilung beschriebenen Gutachten angemessen und vertretbar war; **und**,
- die Behörde dem Elternteil diesen Bescheid erteilt hat, bevor das Kind vom ECSE-Schulort entfernt wurde.

**Unangemessenheit:** Die Erstattung kann auch gekürzt oder verweigert werden, wenn ein Gericht feststellt, dass die Eltern unangemessen gehandelt haben oder die Kosten des privaten Programms unangemessen waren.

### **DISZIPLINIERUNG UND UNTERBRINGUNG IN EINER VORLÄUFIGEN ALTERNATIVEN BILDUNGSEINRICHTUNG – NUR ECSE**

---

Bundesgesetze verlangen, dass Eltern über Verfahrensgarantien in Bezug auf Schuldisziplin und Verfahren für die Unterbringung in alternativen Umgebungen informiert werden, obwohl diese Verfahren nicht im Hinblick auf EI/ECSE-Programme geschrieben wurden.

#### **Kann ein Kind von einem ECSE-Programm ausgeschlossen werden?**

Ja. Das ECSE-Programm kann ein Kind mit einer Behinderung aus disziplinarischen Gründen für bis zu zehn aufeinanderfolgende Schultage von dem derzeitigen Schulplatz des Kindes suspendieren, wenn Kinder ohne Behinderungen wegen dieses Verhaltens suspendiert würden. Das Programm kann kurzfristige Verlegungen, einschließlich Suspendierung, die Verlegung des Kindes in eine geeignete vorläufige alternative Bildungseinrichtung oder die Unterbringung des Kindes in einer anderen Einrichtung in demselben Umfang umfassen, wie diese Optionen bei Kindern ohne Behinderungen angewendet würden.

#### **Darf ein Kind für mehr als zehn Schultage in einem Schuljahr beurlaubt werden?**

Das hängt von verschiedenen Faktoren ab. Ein Kind kann von einem ECSE-Programm für zusätzliche Zeiträume von bis zu zehn aufeinanderfolgenden Schultagen suspendiert werden, wenn es kein „Verhaltensmuster“ für die Suspendierungen gibt. Ein „Verhaltensmuster“ liegt vor, wenn:

- Das Verhalten des Kindes im Wesentlichen (zum größten Teil) dem Verhalten des Kindes bei früheren Vorfällen ähnlich ist, die zu dieser Reihe von Verlegungen führten; und,
- Andere Faktoren wie die Dauer der einzelnen Suspendierungen, die Gesamtzeit, die ein Kind nicht zur Schule geht, und wie nahe die Suspendierungen beieinander liegen, weisen auf ein Verhaltensmuster hin. Ob eine Reihe von Verlegungen ein Muster darstellen, wird von Fall zu Fall durch das EI/ECSE-Programm bestimmt und im Falle einer Anfechtung durch ordnungsgemäße Verfahren und Gerichtsverfahren überprüft.

Wenn es bei den Suspendierungen ein „Verhaltensmuster“ gibt, darf das Programm ein Kind nur suspendieren, wenn das IFSP-Team des Kindes entscheidet, dass das Verhalten des Kindes keine „Manifestation“ der Behinderung des Kindes war.

Wenn es kein „Muster“ gibt, bestimmt das EI/ECSE-Personal in Absprache mit mindestens einem der Lehrer des Kindes, welche Dienste benötigt werden, damit das Kind während der Verlegung weiterhin Fortschritte in Richtung der IFSP-Ziele macht.

Ein Kind kann für mehr als zehn aufeinanderfolgende Schultage verlegt werden (normalerweise als „Ausschluss“ bezeichnet), wenn das IFSP-Team des Kindes entscheidet, dass das Verhalten des Kindes keine „Manifestation“ seiner Behinderung war.

**Wenn ein Kind für mehr als zehn Schultage in einem Schuljahr suspendiert oder von der Schule verwiesen wird, muss das Programm dennoch ECSE-Leistungen für das Kind erbringen?**

Ja. Nach den ersten zehn Tagen der Verlegung muss das Programm dem Kind die Dienste bieten, die es benötigt, um weiterhin an altersgerechten Aktivitäten teilzunehmen und Fortschritte in Richtung der IFSP-Ziele des Kindes zu machen. Diese Dienstleistungen können an einem anderen Ort erbracht werden, der als „vorübergehende alternative Bildungseinrichtung“ bezeichnet wird.

**Kann das IFSP-Team entscheiden, ein Kind in eine andere Schule oder ein anderes Programm zu verlegen, auch wenn das Kind nicht suspendiert oder ausgewiesen wird?**

Ja. Die Eltern sind Teil des IFSP-Teams, das diese Entscheidung trifft. Die Entscheidung muss auf dem IFSP des Kindes basieren und darauf, was das Kind braucht, um in der Schule erfolgreich zu sein. Zusammen mit anderen Faktoren kann das IFSP-Team des Kindes die Auswirkungen des Verhaltens des Kindes auf Lehrer und andere Kinder berücksichtigen.

**Muss das Programm die Eltern über die Disziplinarmaßnahme informieren?**

Ja, das Programm muss den Elternteil spätestens zu dem Datum benachrichtigen, an dem die Entscheidung getroffen wird, die Maßnahme zu ergreifen, und dem Elternteil diese Mitteilung über Verfahrensgarantien zukommen lassen.

**Wie entscheidet das IFSP-Team, ob das Verhalten eine „Manifestation“ der Behinderung eines Kindes ist?**

Das IFSP-Team, einschließlich der Eltern, sieht sich alle relevanten Informationen über das Kind an, einschließlich Testergebnisse, Informationen von den Eltern, Beobachtungen des Kindes und den IFSP und Schulort des Kindes.

Das IFSP-Team des Kindes kann feststellen, dass das Verhalten des Kindes eine Manifestation der Behinderung des Kindes war, wenn:

- das Verhalten durch die Behinderung des Kindes verursacht wurde oder in direktem Zusammenhang damit steht; **oder**,
- das Verhalten das direkte Ergebnis des Programms war, das den IFSP des Kindes nicht implementierte.

Diese Entscheidung muss innerhalb von 10 Schultagen nach einer Entscheidung über die Änderung des Schulorts für ein Kind mit einer Behinderung aufgrund eines



Verstoßes gegen den Verhaltenskodex für Schüler getroffen werden.

**Was passiert, wenn das IFSP-Team entscheidet, dass das Verhalten des Kindes eine Manifestation der Behinderung des Kindes war?**

Wenn das IFSP-Team zu dem Schluss kommt, dass das Verhalten eine Manifestation der Behinderung des Kindes war, darf das Programm das Kind nicht für mehr als zehn Schultage

in Folge oder für mehr als zehn Schultage im Schuljahr vom Unterricht ausschließen oder suspendieren, wenn die Verlegungen regelmäßig erfolgen.

Das Programm und die Eltern können ein IFSP-Meeting abhalten, um die Informationen zu überprüfen, und das IFSP-Team kann Änderungen an den IFSP-Diensten und/oder der Platzierung des Kindes vornehmen. Wenn das IFSP-Team feststellt, dass das fragliche Verhalten das direkte Ergebnis der Nichtumsetzung des IFSP durch das Programm war, muss das Programm unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um die Mängel zu beheben.

Das IFSP-Team muss ein Gutachten des Verhaltens des Kindes durchführen (als „funktionelle Verhaltensgutachten“ bezeichnet) und einen Verhaltensinterventionsplan für das Kind entwickeln. Wenn das Kind bereits einen Verhaltensinterventionsplan hat, muss das IFSP-Team den Plan überprüfen und gegebenenfalls ändern, um das Verhalten zu verbessern.

Außer in den Fällen, die unter **Besondere Umstände** beschrieben sind, muss das EI/ECSE-Programm das Kind an den Schulort zurückführen, von dem es entfernt wurde, es sei denn, die Eltern und das Programm stimmen einem Wechsel des Schulorts als Teil der Änderung des Interventionsplans des Verhaltensprogramms zu.

### **Was passiert, wenn das IFSP-Team entscheidet, dass das Verhalten des Kindes keine Manifestation der Behinderung des Kindes war?**

Wenn das IFSP-Team zu dem Schluss kommt, dass das Verhalten keine Manifestation der Behinderung des Kindes war:

- kann das Programm disziplinarische Maßnahmen ergreifen, wie z. B. Ausschluss, in der gleichen Weise wie bei Kindern ohne Behinderungen;
- muss das Programm sicherstellen, dass die Sonderschul- und Disziplinarunterlagen des Kindes dem Schlichtungsbeauftragten für die Ausweisung vorgelegt werden, wenn eine Ausweisungsanhörung erforderlich ist.
- Das Programm muss dem Kind weiterhin eine kostenlose angemessene öffentliche Bildung anbieten, die den individuellen Bedürfnissen des Kindes entspricht, die in einem vom IFSP-Team festgelegten alternativen Bildungsumfeld bereitgestellt werden; **und**,
- gegebenenfalls muss das Programm dem Kind ein funktionales Verhaltensgutachten sowie Verhaltensinterventionsdienste und -modifikationen anbieten, um das Verhalten des Kindes so zu beeinflussen, dass es sich nicht fortsetzt.

**Besondere Umstände:** EI/ECSE-Mitarbeiter können bei der Entscheidung, ob für ein Kind mit einer Behinderung, das gegen den Verhaltenskodex der Schule verstößt, ein Schulortwechsel im Zusammenhang mit der Disziplin angemessen ist, von Fall zu Fall alle besonderen Umstände berücksichtigen.

### **Wann kann das Programm ein Kind sofort in eine andere Schule oder ein anderes Programm verlegen?**

Unabhängig davon, ob das Verhalten eine Manifestation der Behinderung des Kindes war oder nicht, kann das EI/ECSE-Personal ein Kind unter den folgenden besonderen

Umständen für bis zu 45 Schultage in eine vorläufige alternative Bildungseinrichtung (festgelegt vom IFSP-Team des Kindes) verlegen:

- das Kind bringt eine Waffe zum EI/ECSE-Programm oder zu einer EI/ECSE-Veranstaltung mit oder besitzt eine Waffe in der Schule;

- das Kind besitzt oder verwendet wissentlich illegale Drogen oder verkauft oder bittet um den Verkauf einer kontrollierten Substanz, während es am EI/ECSE-Programm oder einer EI/ECSE-Funktion teilnimmt; **oder**,
- das Kind verursacht während des EI/ECSE-Programms, auf dem Gelände des EI/ECSE-Programms oder bei einer EI/ECSE-Veranstaltung eine schwere Körperverletzung einer anderen Person.

### **Wann kann ein Elternteil oder Programm eine beschleunigte Anhörung erhalten, um einen Disziplinarstreit beizulegen?**

Ein Elternteil, der mit der Manifestationsfeststellung des IFSP-Teams oder einer Entscheidung bezüglich des Schulorts des Kindes nicht einverstanden ist, kann eine Anhörung über das ordentliche Verfahren beantragen. Ein Programm kann eine Anhörung beantragen, wenn das Programm der Ansicht ist, dass die Beibehaltung des derzeitigen Schulplatzes des Kindes wahrscheinlich zu einer Verletzung des Kindes oder anderer führen wird.

Ein EI/ECSE-Programm kann eine beschleunigte Anhörung beantragen, um ein Kind für bis zu 45 Tage in eine vorläufige alternative Bildungseinrichtung zu verlegen, wenn:

- es sehr wahrscheinlich ist, dass das Kind sich selber oder anderen im derzeitigen Schulplatz Verletzungen zufügt;
- das Programm hat angemessene Anstrengungen unternommen, um das Schadensrisiko am derzeitigen Schulplatz zu minimieren; **und**,
- Die vorläufige alternative Bildungseinrichtung erfüllt die nachstehenden Anforderungen.

### **Welche Verfahren gelten für eine beschleunigte Anhörung über das ordentliche Verfahren?**

Wann immer ein Elternteil oder ein EI/ECSE-Programm eine Anhörung über das ordentliche Verfahren beantragt, muss eine Anhörung abgehalten werden, die die Anforderungen eine Anhörung über das ordentliche Verfahren erfüllt, außer:

1. Das ODE muss eine beschleunigte Anhörung über das ordentliche Verfahren arrangieren, die innerhalb von **20** Schultagen nach dem Datum, an dem die Anhörung beantragt wird, stattfinden muss und innerhalb von **10** Schultagen nach der Anhörung zu einer Entscheidung führen muss.
2. Sofern die Eltern und das EI/ECSE-Programm nicht schriftlich zustimmen, auf das Treffen zu verzichten, oder einer Schlichtung zustimmen, muss innerhalb von **7** Kalendertagen nach Erhalt der Benachrichtigung über die Beschwerde über das ordentliche Verfahren ein Schlichtungsgespräch stattfinden. Die Anhörung kann fortgesetzt werden, sofern die Angelegenheit nicht zur Zufriedenheit beider Parteien innerhalb von **15** Kalendertagen nach Erhalt der Beschwerde über das ordentliche Verfahren gelöst wurde.

Eine Partei kann gegen die Entscheidung in einer beschleunigten Anhörung über das ordentliche Verfahren auf die gleiche Weise wie gegen Entscheidungen in anderen Anhörungen über das ordentliche Verfahren Berufung einlegen.

Ein unparteiischer ALJ muss die Anhörung über das ordentliche Verfahren durchführen und eine Entscheidung treffen. Der ALJ kann:

1. das Kind mit einer Behinderung an den Schulort zurückbringen, von dem es entfernt wurde, wenn der ALJ feststellt, dass die Verlegung ein Verstoß gegen diese Anforderungen war oder dass das Verhalten des Kindes eine Manifestation der Behinderung des Kindes war; oder,
2. eine Änderung des Schulortes des Kindes mit einer Behinderung in einer geeigneten alternativen Bildungseinrichtung für höchstens 45 Schultage anordnen, wenn der ALJ

feststellt, dass die Beibehaltung des derzeitigen Schulplatzes des Kindes mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Verletzung des Kindes oder anderer führen wird.

Diese Anhörungsverfahren können wiederholt werden, wenn das EI/ECSE-Programm der Ansicht ist, dass die Rückkehr des Kindes an den ursprüngliche Schulort mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Verletzung des Kindes oder anderer führen wird.

Wenn der Elternteil oder das EI/ECSE-Programm einen Antrag auf eine Anhörung über das ordentliche Verfahren in Bezug auf Disziplinarangelegenheiten gestellt hat, muss das Kind (sofern die Eltern und das EI/ECSE-Programm nichts anderes vereinbaren) bis zur Entscheidung des Verwaltungsrichters in der vorläufigen alternativen Bildungseinrichtung verbleiben, oder bis zum Ablauf der in diesen Anforderungen vorgesehenen Verlegungsfrist.

### **Was sind die Voraussetzungen für eine vorläufige alternative Bildungseinrichtung?**

Eine vorläufige alternative Bildungseinrichtung muss:

- das Kind weiterhin an altersgerechten Aktivitäten teilnehmen lassen, allerdings in einem anderen Rahmen;
- dem Kind zu ermöglichen, weiterhin ECSE-Dienste und Modifikationen zu erhalten, einschließlich der im IFSP des Kindes beschriebenen, damit das Kind die IFSP-Ziele erreichen kann; **und**,
- gegebenenfalls eine funktionale Verhaltensbeurteilung, Verhaltensinterventionsdienste und Modifikationen anbieten, um das Verhalten des Kindes so zu beeinflussen, dass es nicht andauert.

## RESSOURCEN

---

Die hier aufgeführten öffentlich finanzierten Organisationen können Ihnen möglicherweise dabei helfen, die Verfahrensgarantien und andere Bestimmungen der IDEA besser zu verstehen.

Ihr lokales EI/ECSE-

Programm Ihr EI/ECSE-

Vertragspartner

Oregon Department of Education (ODE)

Salem: (503) 947-5782

Website: <http://www.oregon.gov/ODE/Pages/default.aspx>

Amt für Ausbildungsförderung

Website: <http://www.oregon.gov/ode/about-us/Pages/Office-of-Student-Services.aspx>

Familie und Gemeinschaft zusammen

(FACT) Gebührenfrei: (888) 988-3228

Website: [www.factorregion.org](http://www.factorregion.org)

Disability Rights Oregon (DRO)

Gebiet Portland: (503) 243-2081

Kostenlose Rufnummer: (800) 452-1694

Website: <http://www.disabilityrightsoregon.org/>

Zentrum für Informationen und

Ressourcen für Eltern

<http://www.parentcenterhub.org/>

Der State Interagency Coordinating Council (SICC) berät und unterstützt das landesweite Servicesystem für junge Kinder mit besonderen Bedürfnissen und ihre Familien.

Informationen über den Ausschuss und einen Zeitplan für seine Sitzungen erhalten Sie beim ODE unter der Telefonnummer (503) 947-5731. Informationen zu SICC finden Sie unter: <http://www.oregon.gov/ode/students-and-family/SpecialEducation/earlyintervention/Pages/sicc.aspx>

Der State Advisory Council for Special Education (SACSE) trifft sich mehrmals im Schuljahr. Bei jeder Sitzung gibt es Gelegenheit für öffentliche Kommentare.

Informationen über den Ausschuss und einen Zeitplan für seine Sitzungen erhalten Sie

beim ODE unter der Telefonnummer (503) 947-5782. Informationen zu SACSE finden Sie unter: <http://www.oregon.gov/ode/students-and-family/SpecialEducation/Pages/sacse.aspx>